

Per Saldo . . .

Im Grundgesetz steht:

Art. 20 Abs. 1:

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Art. 20 Abs. 4::

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 14 Abs. 2:

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

... was unter dem Strich herauskommt

Vom rechtlichen Umgang mit Geld – eine Beschwerde an die Verfassungsorgane der BRD

von Dr. Dieter Petschow

30855 Langenhagen, Am Kielenkamp 35. dr.pet.prax@t-online.de Mitglied bei Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e. V.

« Lorsque le gouvernement viole les droits du peuple, l'insurrection est pour le peuple et pour chaque parti du peuple, le plus sacré des droits et le plus indispensable des devoirs. » Les Constitutions de la France depuis 1789

„Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, dann ist das Recht zum Aufstand das heiligste aller Rechte und die unerlässlichste aller Pflichten des Volkes und eines jeden Teils des Volkes.“
Art. 33 – 35 der Verfassung der ersten Republik Frankreichs von 1789

Inhalt:

1.0 Einleitung

2.0 Fragestellung und Methode

3.0 Netto-Allokations-Quoten

3.1 Der Staat – die Netto-Steuer-Quote

3.2 Die Sozialordnung – das Netto-Sozialbudget

3.3 Das Kapitalertrag – die Netto-Zins-Quote

3.4 Der „effektive Lohn“ – die Netto-Arbeits-Quote

4.0 Mehr Netto vom Brutto ?

4.1 Netto-Verteilung des Brutto-Inland-Produkts

4.2 Staat und Sozialordnung – die Netto-Staats-Quote

4.3 Leistungsloses Einkommen – die „Nicht-Arbeits“-Quote

4.4 von der Investition zur Lohngestaltung

4.5 soziale Bedürftigkeit, ein Bombengeschäft

4.6 der (Sozial-)Staat, Garant für Kapitalertrag

4.7 Industria, oder: Was bleibt den Fleißigen?

5.0 Die Wirtschaft muss wachsen! Wirklich?

5.1 Cui bono – wem nützt es?

6.0 Zusammenfassung und finanzpolitische Folgerungen

7.0 Anhang

7.1 Summen und Salden des BIP der BRD 1960 - 2007

7.2 Summen und Salden zum leistungslosen Einkommen

8.0 Quellenverzeichnis

Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur

- eine Verfassungsbeschwerde -

Unter den unzähligen Übeln, welche den Zerfall ganzer Staaten herbeiführen, sind wohl vier als die vornehmlichsten anzusehen: innere Zwietracht, große Sterblichkeit, Unfruchtbarkeit des Bodens und die Verschlechterung der Münze. Die ersten drei liegen so klar zutage, dass sie schwerlich irgendjemand in Abrede stellen wird. Das vierte Übel jedoch, welches von der Münze ausgeht, wird nur von wenigen beachtet, und nur von solchen, welche ernster nachdenken, weil die Staaten allerdings nicht beim ersten Anlauf, sondern ganz allmählich und gleichsam auf unsichtbare Weise dem Untergang anheimfallen.

Nikolaus Kopernikus, Memorandum über das Geld.

1,0 Einleitung

Lieber Leser, liebe Leserin! Irgendwann - ich kann das Datum nicht mehr genau benennen - hatte ich Politik-Talkshows und auch Politiker-Meinungen aus den Medien satt. Sie stimmten mit meiner Realität nicht überein. Am Morgen jeden Alltags ging ich zur Arbeit, meine Mitarbeiter waren auch da. Wir waren fleißig, wie viele meiner Mitmenschen. Ich aber stellte fest: Für unsere gemeinsame Arbeit bekamen wir weniger und weniger an Ertrag. Nach drei Jahrzehnten mittlerweile erheblich weniger! Lag das an mir, oder an den Angestellten? War ich ein zu wenig geschäftstüchtiger Freiberufler? Die Realität meiner Firma waren niedrigere Löhne, niedrigere Einnahmen. Daneben gab und gibt es nach wie vor den gleichen Anspruch unserer Kunden, bedient zu werden. Bedarf war genug vorhanden, Angebot auch, also stimmte irgendetwas mit der Nachfrage nicht, mit dem Geld.

So beschloss ich, mir ein eigenes Bild machen, mit den Mitteln, die mir allein zur Verfügung standen. Dabei benutzte ich eine kaufmännische Betrachtungsweise, wie sie meinem Betrieb angemessen ist: Ich erstellte eine **Einnahmeüberschussrechnung** für die „**Deutschland AG**“, d.h. wie mein Steuerberater zählte ich die Differenz zwischen Einnahmen und Aus- bzw. Abgaben. Was sich so errechnet, ist der **Gewinn aus Arbeit**. Es bleibt jener Betrag, für den wir Bürger uns und unsere Familien - in unsrer sog. sozialen Marktwirtschaft - ernähren und versorgen können. In betriebswirtschaftlicher Fachsprache heißt dieser Vorgang die Bildung eines **Saldo**, der **Differenz von Soll und Haben**. Jeder Geschäftsmann kennt solche einfache Buchführung. Brutto-Gehälter haben Abgaben in Form von Steuern und Sozial-Zahlungen, vom sog. Netto gehen dann noch die Zinsen/Mieten runter, und was dann übrig bleibt ist für „den Gang zum Markt“ – ist das Haushaltsgeld, wenn zum Sparen nichts übrig bleibt.

Was für meine Familie gilt, trifft hierzulande für ca. **35 Millionen** arbeitender Mitmenschen zu, eingeteilt in Arbeitnehmer, obwohl sie ja eigentlich ihre Arbeit geben, und solche, die Arbeit organisieren, also auch arbeiten, genannt Arbeitgeber. Zwar kenne ich nur meine eigenen betrieblichen Zahlen, die Ergebnisse meiner Millionen Nachbarn werden mir lediglich in Summen mitgeteilt, Beträge, die ich bei entsprechendem Surfen im Internet finden kann (siehe 8.0 Quellenangaben). Mit den dort erhältlichen Daten habe ich versucht, sorgfältig wie ein ordentlicher Kaufmann modellhaft einen **Haushalt für Deutschland** aufzustellen, dessen Ergebnis mir danach einen abgrundtiefen Schrecken einjagte. Wieder und wieder habe ich nachgerechnet, doch das Ergebnis blieb stets gleich. Ich suchte mir Hilfe, erntete dabei oft mildes Lächeln: Etliche Mitmenschen wussten längst Bescheid, andere waren diesbezüglich komplett ahnungslos. Die folgende Zusammenfassung soll Politikergeschwätz durchleuchten und gleichzeitig darstellen, dass es diese Berufsgruppe ungeheuer schwer hat, unseren Staat anders zu führen als bisher getan, denn unser Geldsystem war und ist nie Gegenstand politisch-demokratischer Entscheidung, es ist in Deutschland auch nicht Thema zur Allgemeinbildung. Unser gegenwärtiges Geldsystem widerspricht fundamentalen Prinzipien unseres Grundgesetzes, insbesondere dem Freiheitsrecht, dem Gleichheitsgrundsatz, dem Eigentumsrecht, der Sozialstaatlichkeit und dem Ziel gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Der Grundgesetzgeber hat das Geldsystem vorgegesetzt bekommen und nie problematisiert, und so befindet sich die wirtschaftliche Realität von 80 Millionen Deutschen **außerhalb der vom Grundgesetz vorgegebenen Rechte**.

Meine Arbeit will ich jedem vorlegen, der sie lesen möchte. Ich habe kein Copyright auf Abbildungen und Darstellungen. Jeder Bürger sollte diese Zusammenhänge kennen lernen. Deshalb habe ich beschlossen, meinen erneut leicht korrigierten Rechenweg aufzuschreiben.

Langenhagen, im Oktober 2009

Dieter Petschow

2.0 Fragestellung und Methode

Es werden vier Kassen in einem üblichen Buchführungs-Programm als Modell für die Bundesrepublik Deutschland eingerichtet: Steuern, Sozialbudget, Kapital- und Arbeitsertrag. Alle vier Kassen haben (Brutto)-Einnahmen sowie Abgaben untereinander. Der Gesamt-Gewinn aus Arbeit und Vermögen ist im jeweiligen Geschäftsjahr bekannt und entspricht 1 BIP (Brutto-Inlands-Produkt). Für jede der vier Kassen ergibt sich pro Jahrgang ein Saldo zwischen Einnahmen und Abgaben. So errechnen sich eine **Netto-Steuer-Quote** für den Staat, ein **Netto-Sozial-Budget** für alle Berechtigten, ein **Netto-Kapitalertrag** für alle Eigentümer und – per saldo – ein **Netto-Arbeitertrag** für alle jene, die morgens aufstehen und das Sozialprodukt erarbeiten. Es entsteht eine Summen- und Salden-Rechnung der Bundesrepublik Deutschland, die letztendlich den Netto-Anteil jeder „Kasse“ über die Allokationsfunktion unseres Geldsystems anteilig darstellt, Jahrgang für Jahrgang.

100% Sozialprodukt werden verteilt auf diese vier Kassen – es errechnet sich die Netto-Verteilung des Brutto-Inland-Produktes. (Über die Verteilung der Netto-Gelder innerhalb der einzelnen Kassen wird keine Aussage gemacht.) Die Berechnung beantwortet schlicht die Frage: Welche „Kasse“ bekommt welchen Anteil vom „Kuchen“ ab? Um die Jahrgänge 1960 bis 2007 vergleichbar zu machen, wird auf eine Geldeinheit zurückgegriffen, die inflations- und wachstumsneutral ist:

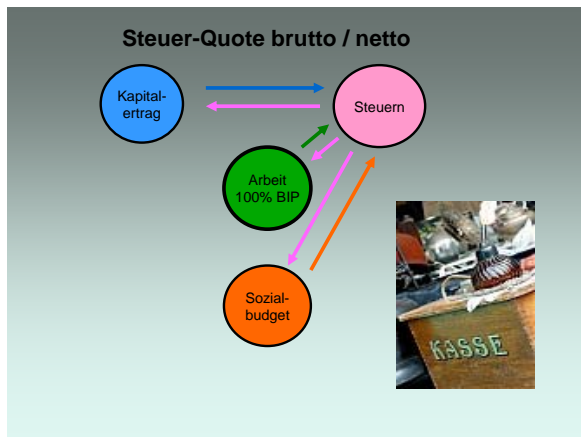
$$\boxed{1 \text{ BIP} = 100\% \text{ BIP}}$$

Diese Geldeinheit ist unabhängig von der jeweiligen „Währung“ – egal ob D-Mark oder €uro. Alle Geldflüsse der Bilanzen 1960 - 2007 werden in % BIP umgerechnet bzw. so schon den gültigen Statistiken der Arbeits- und Sozialordnung entnommen. Alle Summen werden um 0,1% BIP auf oder abgerundet, ohne dass dabei in diesem Modell größere Fehler entstehen. Diese Darstellungsart unterliegt nicht den üblichen Verzerrungen nominaler Geldflüsse mit unterschiedlichen Bezugs-Jahrgängen und Inflations-Raten.

Netto-Einnahmen als Kaufkraft-Summe betreffen immer ein bestimmtes Kollektiv lebender Menschen, juristische Personen werden bei dieser Betrachtung neutralisiert. Natürliche Personen können aber aus verschiedenen Kassen dieses Modells Einnahmen beziehen, sodass gesagt werden kann: „Wir wissen zwar, wie viel in den Kassen drin ist, aber nicht, wer im Einzelnen das Geld bekommt.“ Die menschlichen Kollektive der einzelnen Kassen überschneiden sich. Rentner oder Arbeiter mit Kapitalertrag sind möglich, aber auch Staatsdiener mit Kinder-, Kranken- oder Wohngeld. Trotzdem können finanzpolitische Aussagen für die Kollektive gemacht werden, weil die Netto-Summen zugeordnet werden können. Politische Aussagen werden so plausibel, die gängigen Fehlmeinungen grundlegend korrigiert.

3.0 Netto-Allokations-Quoten:

3.1 Der Staat - die Netto-Steuer-Quote (Tab. 1 und 2):



Die Statistiken weisen eine jährliche **Steuerquote** aus. Diese besagt, welchen Betrag im Verhältnis zum vollen Arbeitsertrag BIP eines jeden Jahrganges der Bund, die Länder und die Gemeinden an Steuern einnehmen, direkt als Lohn- und Einkommens-Steuer oder indirekt über Verbrauchssteuern in den Preisen. Die Summe ist die Brutto-Einnahme staatlicher Stellen. Die

Zeilen 1 - 4 der Bilanzen 1960 – 2007 (Tab. 1) zeigen in % BIP die Brutto-Einnahmen (Haben) des Staates, daneben seine Abgaben (Soll) als Subvention, Kapitaldienst und Sozialpflicht. Es bleibt per Saldo die **Netto-Steuer-Quote** als Kaufkraft, die wir alle den Menschen zur Verfügung stellen, die uns den Staat erarbeiten. 1960 gab Deutschland 9,0% BIP Kaufkraft für den Staat, 2007 sind es nur noch 2,2% BIP.

Kennern der Statistiken wird die Abgabe aus Steuern an das Kapital als zu hoch erscheinen, liegt doch die sog. Zins-Steuer-Quote nachweislich darunter. Hier wurde hinzuaddiert der Kapitalertrags-Anteil in den vom Staat zu zahlenden Verbraucherpreisen und Löhnen. Die in diesen Bereichen fällige Steuer fällt an das Finanzamt zurück und bleibt deshalb ergebnisneutral.

Die Brutto-Steuer-Quote sagt - wie alle Brutto-Einnahmen einer „Firma“ - wenig über die Kaufkraft des Staates. Die Abgaben-Quote des Staates an das Sozialbudget bleibt anteilig konstant von 11,0 %BIP bis 11,9 % BIP, ebenso der Saldo zwischen Staat und Sozialbudget von 8,0 %BIP bis 7,6 %BIP. Eine zunehmende Belastung des Staates aufgrund sozialer Bedürftigkeit seiner Bürger lässt sich nach Kassenlage verneinen. Trotz „demographischen Faktors“ bleibt der Sozialdienst des Staates anteilig gleich. Die fallenden Netto-Einnahmen sind nicht allein Ausdruck der direkten Staats-Verschuldung, sondern darüber hinaus des indirekten Kapitaldienstes über Preise und Löhne, die der Staat als Auftragsgeber zu zahlen hat. Hier ist der Staat doppelt belastet. Sein Kapitaldienst addiert sich aus der Zins-Steuer-Quote mit der Kapitalertrags-Quote seiner Endverbraucherpreise Die Tendenz ist erschreckend: Staatsverarmung trotz hoher Steuereinnahmen. 90% aller Steuern sind entweder Subventionen, Sozialabgaben oder Kapitaldienst. Allein mit der Netto-Steuer-Quote kann der Staat „einkaufen gehen“ (siehe Tab. 2), sie nimmt seit 5 Jahrzehnten kontinuierlich ab.

1960	% BIP	A	E	S
100% BIP = 151 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	1,0	13,0	12,0
2	Sozial	11,0	3,0	-8,0
3	Kapital	2,0	7,0	5,0
4	Staat	14,0	23,0	9,0

1970	% BIP	A	E	S
100% BIP = 358 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	1,5	12,9	11,4
2	Sozial	10,7	3,5	-8,2
3	Kapital	2,7	7,1	4,4
4	Staat	14,9	23,5	8,6

1980	% BIP	A	E	S
100% BIP = 766 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	2,0	12,0	10,0
2	Sozial	11,6	3,9	-7,7
3	Kapital	3,9	8,6	4,7
4	Staat	17,5	24,5	7,0

1990	% BIP	A	E	S
100% BIP = 1.275 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	2,5	10,5	8,0
2	Sozial	10,2	3,4	-6,8
3	Kapital	4,6	8,2	3,6
4	Staat	17,3	22,1	4,8

2000	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2030 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	3,0	10,7	7,7
2	Sozial	12,2	4,4	-7,8
3	Kapital	5,6	9,5	3,9
4	Staat	20,8	24,6	3,8

2007	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2309 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	3,0	9,2	6,2
2	Sozial	11,9	4,3	-7,6
3	Kapital	6,7	10,3	3,6
4	Staat	21,6	23,8	2,2

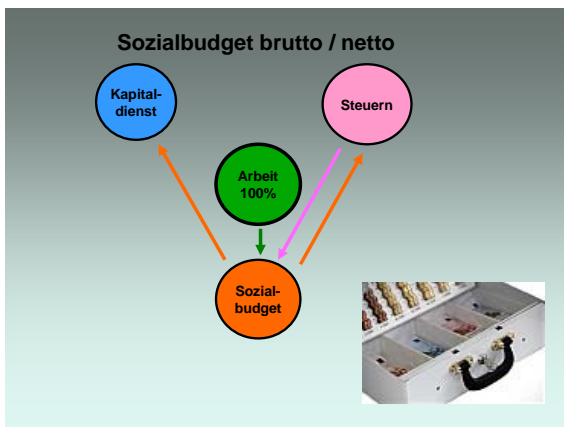
Tab. 1: Einnahmeüberschuss-Rechnung des Staates 1960 bis 2007. Die Netto-Steuer-Quote sinkt von 9,0% BIP auf 2,2% BIP.

% BIP		A	E	S
Steuerquote		Soll	Haben	Saldo
1960	Staat	14,0	23,0	9,0
1970	Staat	14,9	23,5	8,6
1980	Staat	17,5	24,5	7,0
1990	Staat	17,3	22,1	4,8
2000	Staat	20,8	24,6	3,8
2007	Staat	21,6	23,8	2,2

Tab. 2: Steuerquote brutto / netto im Verlauf eines halben Jahrhunderts. Die Netto-Steuerquote tendiert gegen Null.

Die BRD zahlte 1960 9,0% BIP, 2007 2,2% BIP Steuern für den Staat.

3.2 Die Sozialordnung - das Netto-Sozialbudget (Tab. 3 und 4):



Die Sozialquote zeigt an, welche Beträge im Verhältnis zum gesamten Arbeitsertrages BIP herangezogen werden zur Finanzierung unserer Sozialkassen. Diese Brutto-Sozialquote wird eingenommen aus der Arbeitswelt von Arbeitnehmern und –gebern, sowie aus Abgaben des Staates über Steuermittel. Daraus bekommen die Berechtigten (Rentner, Pensionäre, Kranke, Alte, Arbeitslose, Kinder, Pflegebedürftige etc)

ihren **Lebensunterhalt** – sie ersetzen ihnen **Endverbraucherpreise**. Diese beinhalten Abgaben an Staat und Kapital. Verbrauchssteuern und Renditen kumulieren über die Wertschöpfungsketten der Wirtschaft in den End-Verbraucher-Preisen. Nach Abzug dieser beiden Abgabearten vom Sozialbudget verbleibt als Kaufkraft das **Netto-Sozial-Budget** für all jene, die sozial bedürftig und berechtigt sind. Alle darüber hinausgehenden Summen sind **Abgaben** des Sozialbudgets, in 2007 14,3% BIP = 330 Mrd. € an Kapitaleigner und 4,3% BIP = 100 Mrd. €uro als Verbrauchssteuer an den Staat. Alle Sozialgeld-Empfänger haben im statistischen Mittel Abgaben, 1960 24%, 2007 56%. Es floss zwar viel Geld durch das Sozialbudget, aber seine Kaufkraft ist anteilig stets gesunken (Tab. 3 und 4). Der Anstieg des Brutto-Sozialbudgets über ein halbes Jahrhundert geschieht allein als Kapitaldienst in den Preisen und wird durch stetig höher werdende „Lohn-Neben-Kosten“ der Arbeitswelt ausgeglichen.

1960	% BIP	A	E	S
100% BIP = 151 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		12,0	12,0
6	Staat	3,0	11,0	8,0
7	Kapital	3,0		-3,0
8	Sozial	6,0	23,0	17,0

1970	% BIP	A	E	S
100% BIP = 358 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		14,4	14,4
6	Staat	3,5	10,7	7,2
7	Kapital	4,0		-4,0
8	Sozial	7,5	25,1	17,6

1980	% BIP	A	E	S
100% BIP = 766 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		19,0	19,0
6	Staat	3,9	11,6	7,7
7	Kapital	7,6		-7,6
8	Sozial	11,5	30,6	19,1

1990	% BIP	A	E	S
100% BIP = 1.275 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		18,6	18,6
6	Staat	3,4	10,2	6,8
7	Kapital	7,8		-7,8
8	Sozial	11,2	28,8	17,6

2000	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2030 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		19,6	19,0
6	Staat	4,4	12,2	7,8
7	Kapital	11,4		-11,4
8	Sozial	15,8	31,8	16,0

2007	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2.309 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		20,9	20,9
6	Staat	4,3	11,9	7,6
7	Kapital	14,3		-14,3
8	Sozial	18,6	32,8	14,2

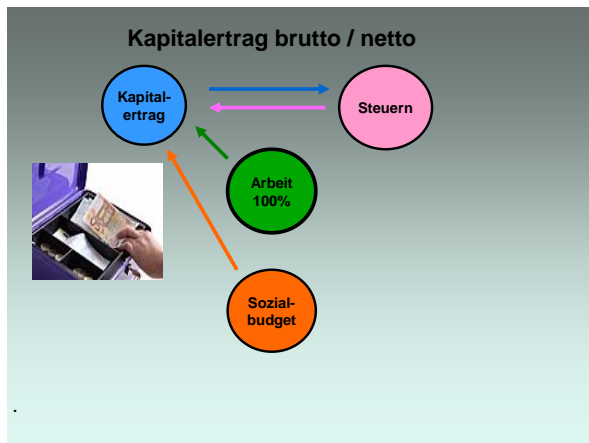
Tab. 3: Einnahmeüberschussrechnung des Sozialbudgets 1960 – 2007. Der Saldo nimmt bis 1980 zu und danach kontinuierlich ab auf 14,2 %BIP. Kapitaleinstrom über Sozial-Leistungen steigt kontinuierlich an von 3 %BIP auf 14,3 %BIP.

% BIP		A	E	S
Sozialbudget		Soll	Haben	Saldo
1960	Sozial	6,0	23,0	17,0
1970	Sozial	7,5	25,1	17,6
1980	Sozial	11,5	30,6	19,1
1990	Sozial	11,2	28,8	17,6
2000	Sozial	15,8	31,8	16,0
2007	Sozial	18,6	32,8	14,2

Tab. 4: Sozialbudget brutto / netto über ein halbes Jahrhundert. Die Kaufkraft der sozial Berechtigten nimmt anteilig ab, obwohl Sozialleistungen angeblich „uferlos“ ansteigen.

Das Netto-Sozial-Budget betrug 1960 17%, 1980 19%, 2007 14% BIP.

3.3 Der Kapitalertrag - die Netto-„Zins“-Quote (Tab. 5 und 6):



Deutlich mit mehr Aufwand zu ermitteln war die **Kapitalertrags-Quote** (www.geldreform.net), synonym auch für Zinsanteil am BIP. Es wird von mir darin aufsummiert der Anteil des Arbeitsertrages, den wir für Verschuldung als Zinsanteile in Endverbraucherpreisen vom gemeinsam Erarbeiteten abzugeben haben an **Eigentümer**. 1970 lagen allein die Bank-

zinsenerträge bei 8 % BIP, stiegen dann bis zum Jahre 2004 auf 24,0 % BIP (!) an (Deutsche Bundesbank, Zeitreihen). Das Brutto-Anlage-Vermögen der BRD lag lt. Bundesbank 2007 bei 11.400 Mrd. € oder 490% BIP, verzinst zu 7,3% bedeutet dies eine Kapital-Ertrags-Quote von brutto 34,6 % BIP. Auch verschieben spekulative Geschäfte Ertrag aus Arbeit in Richtung Geldertrag ohne Arbeit. Die Wirtschafts-Statistiken unterscheiden bei der Verwendung des BIP zwischen Konsum und Investition, BIP und Volkseinkommen müssen differenziert werden. Dieser Sachverhalt wurde hier berücksichtigt. Aus den unterschiedlichen Angaben habe ich zur Darstellung der grundsätzlichen Problematik für dieses Modell (!) eine „Eigentums-Prämie“ von **anfänglich 12 % (1970) bis heute 43 % (2007)** aller Konsumausgaben ermittelt, umgerechnet auf das BIP ergibt sich eine Kapitalertragsquote von 9,6% bzw. 34,6%. Die Brutto-Kapitalerträge lagen in dieser Größenordnung, es gibt aber auch Schätzungen darunter und darüber. Zur Darstellung der Problematik und ihrer verheerenden Wirkung reichen diese Mittelwerte aber aus, ebenso sind die betrachteten Teil-Kollektive unserer Bevölkerung ausreichend groß genug, sodass hier diese kalkulatorischen Größen anwendbar bleiben. Kapitaldienst wird wie die Mehrwert-Steuer erhoben über Endverbraucher-Preise, mit dem Unterschied, dass die MW-St an der politischen Grenze unseres Landes verrechnet wird. Kapitalertrag kennt keine Grenzen, er ist grenzenlos und lässt sich grob unterteilen in solche Summen, die in Importpreisen enthalten sind, und solche, die sich aus der Verzinsung des Brutto-Anlage-Vermögens in Deutschland errechnet werden. Für die BRD kalkuliert sich eine Kapitaldienst-Quote in 1960 von 9,6 %BIP, in 2007 34,6% BIP oder 800 Mrd. €. An den Staat zurück gingen Steuern (Kapitalertrags- und Verbrauchs-Steuer) im gleichen Jahr von 10,3 % BIP oder 238 Mrd. €. Es errechnet sich in diesem Modell ein

Netto-Kapitalertrag 1960 2,6%, in 1980 10,1%, in 2007 24,3% BIP.

1960	% BIP	A	E	S
100% BIP = 151 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
9	Staat	7,0	2,0	-5,0
10	Sozial		3,0	3,0
11	Arbeit		4,6	4,6
12	Kapital	7,0	9,6	2,6

Tab. 5: Kapitalertrag brutto / netto 1960 – 2007. Von Staat, Sozialbudget und Arbeitswelt stammen Brutto-Einnahmen, einzig die Steuer bekommt Abgaben.

1970	% BIP	A	E	S
100% BIP = 358 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
9	Staat	7,1	2,7	-4,4
10	Sozial		4,0	4,0
11	Arbeit		5,0	5,0
12	Kapital	7,1	11,7	4,6

1980	% BIP	A	E	S
100% BIP = 766 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
9	Staat	8,6	3,9	-4,7
10	Sozial		7,6	7,6
11	Arbeit		7,2	7,2
12	Kapital	8,6	18,7	10,1

1990	% BIP	A	E	S
100% BIP = 1.275 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
9	Staat	8,2	4,6	-3,6
10	Sozial		7,8	7,8
11	Arbeit		9,1	9,1
12	Kapital	8,2	21,5	13,3

2000	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2030 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
9	Staat	9,5	5,6	-3,9
10	Sozial		11,4	11,4
11	Arbeit		9,0	9,0
12	Kapital	9,5	26,0	16,5

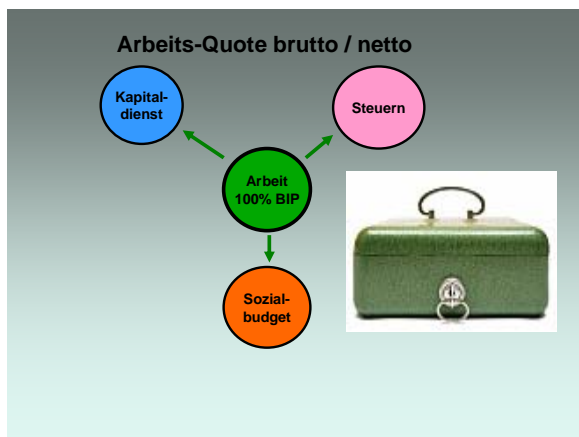
2007	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2309 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
9	Staat	10,3	6,7	-3,6
10	Sozial		14,3	14,3
11	Arbeit		13,6	13,6
12	Kapital	10,3	34,6	24,3

% BIP		A	E	S
Kapitalertrag		Soll	Haben	Saldo
1960	Kapital	7,0	9,6	2,6
1970	Kapital	7,1	11,7	4,6
1980	Kapital	8,6	18,7	10,1
1990	Kapital	8,2	21,5	13,3
2000	Kapital	9,5	26,0	16,5
2007	Kapital	10,3	34,6	24,3

Tab. 6: Kapitalertrag in %BIP brutto / netto 1960 – 2007. Der Netto-Kapitaldienst als Abgabe der BRD wächst exponentiell, d. h. er „explodiert“

Tab. 5 zeigt außerdem, dass über **Sozialbudget und Staat** (Zeilen 9 und 10) zusammen in 2007 21,0 % BIP entspr. 485 Mrd. € eingenommen werden, dies sind 60% aller Brutto-Kapitalerträge. Der **Sozialstaat** entpuppt sich heute als Haupt-Einnahme-Quelle für Kapitalertrag. Steuern und Sozial-Zahlungen sind deshalb so hoch, weil Kapitaldienst über jene Preise zu leisten ist, die die Arbeitswelt den sozial Berechtigten zu ersetzen hat.

3.4 Der „effektive Lohn“ – die Netto-Arbeitsquote (Tab 7 und 8):



In den Zeilen 1 - 12 der Bilanzen (siehe Tabellenanhang) wurden jene Abgaben als Anteile des BIP durch gegenseitige Saldierung ermittelt, die jetzt – weil überschneidungsfrei – vom BIP = 100% abgezogen werden können. Als Ertragsanteil der Arbeit errechnet sich schlicht das, was in jedem Rechnungsjahr **„unter dem Strich übrig bleibt“**. Diese Kaufkraft steht in Deutschland

allen Menschen der Arbeitswelt zur Verfügung, um auf dem „freien Markt“ Waren und Dienste zu erwerben. Tab. 7 zeigt, dass die Kaufkraft der Arbeit als Anteil des gesamten Ertrages ständig sinkt, von 71,4% BIP in 1960 auf 59,3 % BIP in 2007.

Zu bemerken ist, dass dieser „effektive Lohn“ alle Erträge aus Arbeit repräsentiert, auch Höchst-Löhne wie Banker-Bezahlungen, Honorare für Wirtschafts-Beratungen sowie alle Arten von Zahlungen (Boni) wegen „Arbeit“ beinhalten, da es sich hier weder um Steuer- oder Sozial-Einnahmen noch um Kapitalertrag handelt. Alle Arbeit erhält das, was die Einnahme-Überschuss-Rechnung per Saldo übrig lässt.

100 %BIP werden erarbeitet. In Kenntnis der Abgaben zwischen Kapitalertrag, Sozialbudget und Steuern lassen sich per saldo auch die unmittelbaren Abgaben der Arbeitswelt an diese drei Kassen errechnen. Diese entsprechen der Spalte A in Tab. 7. In Spalte E sind die Netto-Quoten der Steuer, des Kapitaldienstes und des Sozialbudgets zum Vergleich eingetragen. In der Summe entsprechen beide Spalten der gesamten Netto-Abgaben-Quote. Über den Geldkreislauf lässt sich so in Spalte S ein Saldo ermitteln, der den Aufwand der Arbeitswelt im Vergleich zum Effekt auf die Sozial-Struktur der BRD zeigt. Waren 1960 noch Kapitalertrag und Steuerquote defizitär zugunsten der Sozialkassen, sind in 2007 Sozialkassen und Steuern defizitär zugunsten des Kapitals. 2007 liegt der Kapitaldienst höher als die Allokations-Quoten für Staat und Sozialordnung zusammen. Nach Kassenlage hat die BRD bereits 1980 aufgehört, ein Sozialstaat zu sein. Die Arbeitswelt leistet seither zusätzlich Kapitaldienst, verdeckt in Form von „zu hohen“ Steuern und Sozialabgaben, die weder dem Staat noch der Sozialordnung nutzen.

1960	% BIP	A	E	S
100% BIP = 151 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
13	Sozial	12,0	17,0	5,0
14	Kapital	4,6	2,6	-2,0
15	Staat	12,0	9,0	-3,0
16	Arbeit	28,6	100,0	71,4

Tab. 7: Saldo der Arbeit 1960 – 2007. 100 %BIP sind der Gesamtgewinn aus Arbeit und Vermögen (so die Definition des BIP).

1970	% BIP	A	E	S
100% BIP = 358 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
13	Sozial	14,4	17,6	3,2
14	Kapital	5,0	4,6	-0,4
15	Staat	11,4	8,6	-2,8
16	Arbeit	30,8	100,0	69,2

1980	% BIP	A	E	S
100% BIP = 766 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
13	Sozial	19,0	19,1	0,1
14	Kapital	7,2	10,1	2,9
15	Staat	10,0	7,0	-3,0
16	Arbeit	36,2	100,0	63,8

1990	% BIP	A	E	S
100% BIP = 1.275 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
13	Sozial	18,6	17,6	-1,0
14	Kapital	9,1	13,3	4,2
15	Staat	8,0	4,8	-3,2
16	Arbeit	35,7	100,0	64,3

2000	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2030 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
13	Sozial	19,6	16,0	-3,6
14	Kapital	9,0	16,5	7,5
15	Staat	7,7	3,8	-3,9
16	Arbeit	36,3	100,0	63,7

2007	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2309 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
13	Sozial	20,9	14,2	-6,7
14	Kapital	13,6	24,3	10,7
15	Staat	6,2	2,2	-4,0
16	Arbeit	40,7	100,0	59,3

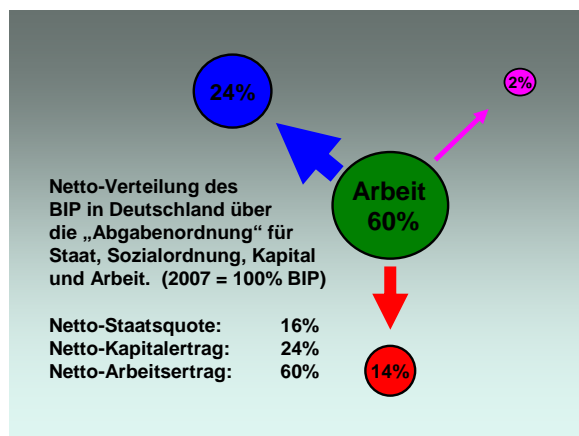
% BIP		A	E	S
Arbeitsvertrag		Soll	Haben	Saldo
1960	Arbeit	28,6	100,0	71,4
1970	Arbeit	30,8	100,0	69,2
1980	Arbeit	36,2	100,0	63,8
1990	Arbeit	35,7	100,0	64,3
2000	Arbeit	36,3	100,0	63,7
2007	Arbeit	40,7	100,0	59,3

Tab. 8: Netto-Arbeitsvertrag in %BIP 1960 -2007. Die Spalte (A) gibt die Summe aller Netto-Abgaben an den Staat, die Sozialordnung und das Kapital an. (siehe auch 4.1)

4.0 mehr Netto vom Brutto ?

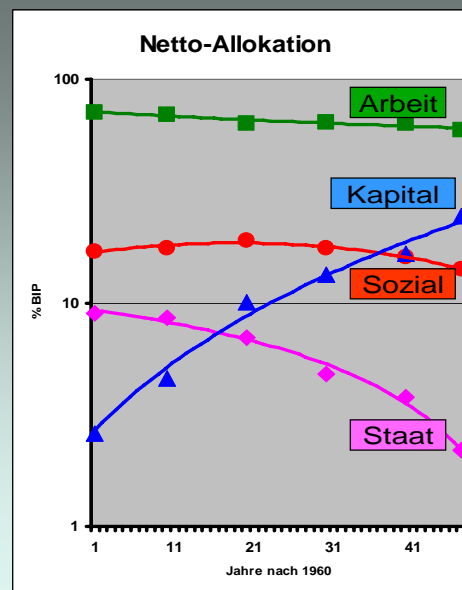
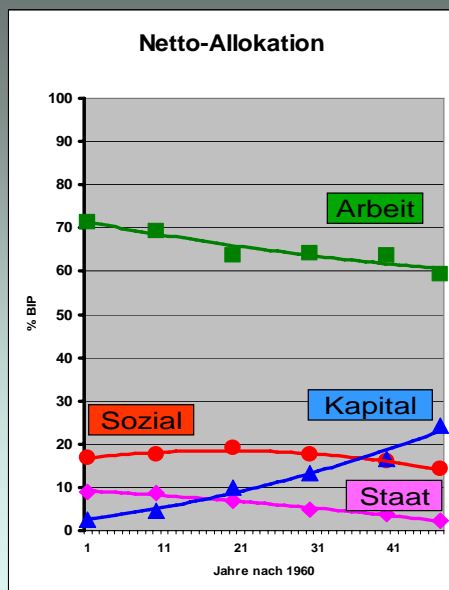
4.1 Netto-Verteilung des Brutto-Inland-Produktes

Die Netto-Abgaben-Quote des BIP lag 1960 bei 28,6 %, 2007 bei 40,7%. (Tab. 7). Damit sind Steuerquote, Sozialbudget und Kapitaldienst – weil gegenseitig saldiert – ohne Fehler addierbar. Die Arbeit gibt in 2007 zwar 20,1% BIP in das Sozialbudget, versorgt werden die Berechtigten aber netto (!) mit nur 14,2% BIP. Die Differenz ist Kapitaldienst. Analog laufen die Zahlungen an den Staat, die Arbeit zahlt das Dreifache der Netto-Steuer-Quote. Die Arbeitswelt zahlt hier per Saldo über Steuern und Sozialabgaben in 2007 10,7% BIP = 265 Mrd. €uro Kapitaldienst.



Graphik 1 zeigt, dass die Rendite aus Staat, Sozialordnung und Arbeitswelt seit Mitte der 90-er Jahre die höchste Netto-Abgaben-Quote darstellt. Die Behauptung einiger Politiker, fast jeder dritte €uro sei für sozial Bedürftige, spricht für deren Unkenntnis über Geldflüsse und Preisgestaltung in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, will man nicht vorsätzliche Irreführung unterstellen.

Nochmals: Kapitalertrag wird einkassiert über Endverbraucher-Preise, genauso wie alle indirekten Steuern. Deshalb sollte streng zwischen Brutto- und Netto-Quoten unterschieden werden, d. h. Vergleiche von Quoten in den Bilanzen sind nur innerhalb gleicher Spalten sinnvoll. Schon 1980 übersteigt der Kapitaldienst die Steuerquote, 1995 auch die Sozial-Quote. 2007 liegt er höher als beide Allokations-Quoten zusammen. Staat und Sozialordnung erhalten netto 16% BIP – diese Summe entspricht der Netto-Staats-Quote (siehe 4.2).



Graphik 1: Darstellung der Netto-Verteilung des BIP von 1960 bis 2007. Der logarithmische Maßstab zeigt, dass die Kapital-Ertrags-Quote anteilig exponentiell wächst. Staat und Sozialordnung verlieren.

Netto-Verteilung des BIP über fünf Jahrzehnte BRD

% BIP	Arbeit	Staat	Sozial	Kapital	100% Mrd. €
1960	71,4	9,0	17,0	2,6	151
1970	69,2	8,6	17,6	4,6	352
1980	63,8	7,0	19,1	10,1	766
1990	64,3	4,8	17,6	13,3	1.275
2000	63,7	3,8	16,0	16,5	2.030
2007	59,3	2,2	14,2	24,3	2.309

Tab. 9 zeigt die Entwicklung der Netto-Allokations-Quoten 1960 bis 2007, wie sie sich aus den Summen- und Saldenrechnungen ergeben.

4.2 Staat und Sozialordnung - die Netto-Staats-Quote:

Aus den Summen- und Salden-Rechnungen 1960 – 2007 werden die Blöcke Staat und Sozial nach den Regeln einer Bilanz addiert. Brutto-Sozialabgaben und Brutto-Steuerquote werden oft fälschlicherweise pauschal addiert und danach als „Staatsquote“ für viel zu hoch (über 50 %) ausgegeben. In allen Jahrgängen zeigt sich, dass sich die Zeilen 2 und 6 der Bilanzen stets zu Null addieren. Es sind interne Zahlungen, für die entweder der Staat oder die sozial Berechtigten „einkaufen gehen können“, nicht aber beide zusammen. Hier wird deutlich: Man kann den Euro nur einmal (netto!) ausgeben, aber viele Male abgeben. Ferner zeigt sich, dass allein die Arbeit die Staatsquote finanziert, Kapital zieht per Saldo seit 1980 Rendite aus Staat und Sozialordnung.

1960	% BIP	A	E	S
100% BIP =	151 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	1,0	13,0	12,0
2	Sozial	11,0	3,0	-8,0
3	Kapital	2,0	7,0	5,0
4	Staat	14,0	23,0	9,0
5	Arbeit		12,0	12,0
6	Staat	3,0	11,0	8,0
7	Kapital	3,0		-3,0
8	Sozial	6,0	23,0	17,0
2+6	Soz. + Staat	14,0	14,0	0,0
1+5	Arbeit	1,0	25,0	24,0
3+7	Kapital	5,0	7,0	2,0
19	Staatsquote	20,0	46,0	26,0

1970	% BIP	A	E	S
100% BIP =	358 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	1,5	12,9	11,4
2	Sozial	10,7	3,5	-7,2
3	Kapital	2,7	7,1	4,4
4	Staat	14,9	23,5	8,6
5	Arbeit		14,4	14,4
6	Staat	3,5	10,7	7,2
7	Kapital	4,0		-4,0
8	Sozial	7,5	25,1	17,6
2+6	Sozial + Staat	14,2	14,2	0,0
1+5	Arbeit	1,5	27,3	25,8
3+7	Kapital	6,7	7,1	0,4
19	Staatsquote	22,4	48,6	26,2

1980	% BIP	A	E	S
	100% BIP = 766 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	2,0	12,0	10,0
2	Sozial	11,6	3,9	-7,7
3	Kapital	3,9	8,6	4,7
4	Staat	17,5	24,5	7,0
5	Arbeit		19,0	19,0
6	Staat	3,9	11,6	7,7
7	Kapital	7,6		-7,6
8	Sozial	11,5	30,6	19,1
2+6	Sozial + Staat	15,5	15,5	0,0
1+5	Arbeit	2,0	31,0	29,0
3+7	Kapital	11,5	8,6	-2,9
19	Staatsquote	29,0	55,1	26,1

1990	% BIP	A	E	S
	100% BIP = 1.275 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	2,5	10,5	8,0
2	Sozial	10,2	3,4	-6,8
3	Kapital	4,6	8,2	3,6
4	Staat	17,3	22,1	4,8
5	Arbeit		18,6	18,6
6	Staat	3,4	10,2	6,8
7	Kapital	7,8		-7,8
8	Sozial	11,2	28,8	17,6
2+6	Sozial + Staat	13,6	13,6	0,0
1+5	Arbeit	2,5	29,1	26,6
3+7	Kapital	12,4	8,2	-4,2
19	Staatsquote	28,5	50,9	22,4

2000	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2.030 Mrd. € Soll			Haben	Saldo
1	Arbeit	3,0	10,7	7,7
2	Sozial	12,2	4,4	-7,8
3	Kapital	5,6	9,5	3,9
4	Staat	20,8	24,6	3,8
5	Arbeit		19,6	19,6
6	Staat	4,4	12,2	7,8
7	Kapital	11,4		-11,4
8	Sozial	15,8	31,8	16,0
2+6	Sozial + Staat	16,6	16,6	0,0
1+5	Arbeit	3,0	30,3	27,3
3+7	Kapital	17,0	9,5	-7,5
19	Staatsquote	26,6	56,4	19,8

2007	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2.309 Mrd. € Soll			Haben	Saldo
1	Arbeit	3,0	9,2	6,2
2	Sozial	11,9	4,3	-7,6
3	Kapital	6,7	10,3	3,6
4	Staat	21,6	23,8	2,2
5	Arbeit		20,9	20,9
6	Staat	4,3	11,9	7,6
7	Kapital	14,3		-14,3
8	Sozial	18,6	32,8	14,2
2+6	Sozial + Staat	16,2	16,2	0,0
1+5	Arbeit	3,0	30,1	27,1
3+7	Kapital	21,0	10,3	-10,7
19	Staatsquote	40,2	56,6	16,4

Tab. 10: Addition der Einnahme-Überschuss-Rechnungen von Staat und Sozialordnung 1960 – 2007. Ab Mitte der 70-er Jahre zahlt die Arbeit über die Staatsquote verdeckt anteilig wachsenden Kapitaldienst. Die Netto-Staats-Quote sinkt ab 1980 von 26 %BIP auf 16,4 %BIP, während der Anstieg der Brutto-Staatsquote über 50 %BIP in der Politik stets zu öffentlichen Irreführungen verleitet.

Überzahlt wird sie von der Arbeitswelt, anfänglich mit einem kleinen „Zubrot“ aus Kapitalertrag. Ab 1980 ist sie zugunsten des Kapitals defizitär, zuletzt mit 10,7 %BIP oder 245 Mrd. € pro Jahr.

						Netto-Staatsquote			
% BIP	A	E	E	E	S				
			Kapital		Arbeit		Netto		
					Staat	Sozial			
1960		2,0	12,0	12,0	26,0				
1970		0,4	11,4	14,4	26,2				
1980	2,9		10,0	19,0	26,1				
1990	4,2		8,0	18,6	22,4				
2000	7,5		7,7	19,6	19,8				
2007	10,7		6,2	20,9	16,4				

Welt-Markt !

Staat / Gesetze

Tab. 11: Entwicklung der Netto-Staats-Quote über 5 Jahrzehnte. Einzahler (E) ist die Arbeitswelt über Steuern und Sozialabgaben. Nach Abzug von Kapital-Dienst (A) bleibt der anteilig abfallende Saldo (S). Der senkrechte Balken symbolisiert die Grenze regionaler staatlicher Rechtsordnung gegenüber grenzenlosem Kapital. Staatliche Organisation unterliegt dem Renditestreben des Kapitals, Staat und Sozialordnung verarmen trotz hoher Belastung mit „Lohn-Nebenkosten“.

Über die Staatsquote, d.h. über Steuer und Sozialzahlungen der Arbeitswelt bekommen die Kapitaleigner jene Gelder zurück, die vorher als „zu hohe Lohn-Nebenkosten und Steuern“ politisch von ihnen angemahnt werden. Der Saldo zwischen Arbeitswelt und Kapital wird zugunsten des Kapitals für die Arbeitswelt wachsend defizitär.

Die Netto-Staatsquote betrug 1960 - 1980 26% BIP, 2007 16,4 %BIP.

4.3 Die Nicht-Arbeits-Quote – das leistungslose Einkommen:

Weder für Kapitalertrag noch für den Erhalt von Sozialleistungen muss wertschöpfend (mit)gearbeitet werden. Über die Netto-Steuerquote entlohnt der Staat eigene Mitarbeiter oder die Arbeit seiner Auftragnehmer. Daher wird der Netto-Ertrag des Staates der Arbeitswelt zugeschlagen. Der Anteil leistungslosen Einkommens (Sozial plus Kapital) im dargestellten Zeitraum steigt stetig von 19,6 % BIP auf 38,5 % BIP. Staat und Arbeit verlieren entsprechend von 80,4% BIP auf 61,5 % BIP. Die dargestellten Prozentsätze geben die Allokation der Kaufkraft wieder.

In 2007 war 1% BIP 23,09 Mrd. €uro!

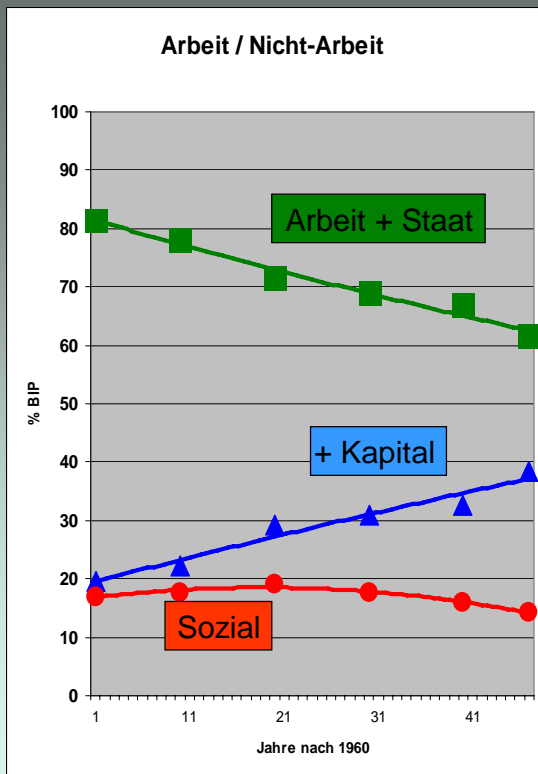
Aus dieser Sichtweise ergeben sich grundsätzliche Schlussfolgerungen: Es gibt volkswirtschaftlich nur zwei (!) Arten von Abgaben, diejenigen an sozial Berechtigte und solche an Kapitaleigner. Die Netto-Steuer ist Anteil der Arbeit und dient lediglich arbeitsteiliger Finanzierung innerhalb des Gemeinwesens. Steuern zur Bezahlung staatlicher Aufgaben sind keine Abgaben, sondern Ausgaben. Wir leisten uns einen Staat, und als Gegenleistung bekommen wir einen Staat. Wie diese Leistung aussieht, zeigt Tab. 2. Hierbei wird nicht übersehen, dass es in der BRD auch sozial Berechtigte aus Kapitalertrag gibt, wie z. B. die berufs-ständischen Versorgungswerke. Während aber Leistungen des Sozialbudgets netto stetig abnehmen, nimmt der Kapitalertrag gerade über sozialstaatliche Kassen exponentiell zu. Versichert ist in diesem Geld- und Rechts-System demnach nicht mehr die einzahlende Arbeitswelt, sondern zunehmend der Kapital-Investor. Ein befremdliches Ergebnis nach Kassenlage: Sozialämter, Kranken- und Rentenkassen, das Arbeitsamt sowie die Wohngeldkasse alimentieren zusammen mit dem Finanzamt Geld-Anleger, während die Kaufkraftsumme der sozial Berechtigten trotz „demographischem Faktor“ ständig sinkt. Die den Sozialgesetzen unterliegenden Institutionen werden zum Werkzeug der Rendite-Maximierung.

Tab. 12 zeigt die Addition von Sozial und Kapital aus den Bilanzen 1960 und 2007 (Jahrgänge dazwischen siehe Tabellen-Anhang). Die internen Zahlungen saldieren sich zu Null wie bei der Staats-Quote. Arbeit und Staat allein bezahlen die Nicht-Arbeits-Quote. Der Kapitalertrag für wenige steigt stetig an, während die Sozialquote für viele kontinuierlich sinkt. Die Arbeitswelt bezahlt beides und klagt über zu hohe Steuern und Sozialabgaben. Hier wird Reichtum über angebliche Sozial-Leistungen in der Größenordnung von 330 Mrd. € einkassiert – pro Jahr in 2007.

1960	% BIP	A	E	S
100% BIP =	151 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		12,0	12,0
6	Staat	3,0	11,0	8,0
7	Kapital	3,0		-3,0
8	Sozial	6,0	23,0	17,0
9	Staat	7,0	2,0	-5,0
10	Sozial		3,0	3,0
11	Arbeit		4,6	4,6
12	Kapital	7,0	9,6	2,6
5+11	Arbeit		16,6	16,6
6+9	Staat	10,0	13,0	3,0
7+10	Soz. + Kap.	3,0	3,0	0,0
8+12	Nicht-Arbeit	13,0	32,6	19,6

2007	% BIP	A	E	S
100% BIP =	2.309 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		20,9	20,9
6	Staat	4,3	11,9	7,6
7	Kapital	14,3		-14,3
8	Sozial	18,6	32,8	14,2
9	Staat	10,3	6,7	-3,6
10	Sozial		14,3	14,3
11	Arbeit		13,6	13,6
12	Kapital	10,3	34,6	24,3
5+11	Arbeit		34,5	34,5
6+9	Staat	14,6	18,6	4,0
7+10	Soz. + Kap.	14,3	14,3	0,0
8+12	Nicht-Arbeit	28,9	67,4	38,5

Tab. 12: Addition der Einnahme-Überschuss-Rechnungen des Sozialbudgets und des Kapitalertrages 1960 und 2007. Das leistungslose Einkommen steigt netto von 19,6 auf 38,5 %BIP und teilt sich auf im Verhältnis von 17,0 : 2,6 in 1960 und von 14,2 : 24,3 in 2003. Bezahlt wird beides von der Arbeitswelt – wie sollte es auch anders sein, Geld ist lediglich ein Allokationsmittel, sein Gegenwert ist die Arbeit.



Wer arbeitet, hat keine Zeit mehr, Geld zu verdienen.

Postbank

% BIP	E		E (Netto)		
	Arbeit	Staat	Nicht-Arbeit		
1960	16,6	3,0	19,6	17,0	2,6
1970	19,4	2,8	22,2	17,6	4,6
1980	26,2	3,0	29,2	19,1	10,1
1990	27,7	3,2	30,9	17,6	13,3
2000	28,6	3,9	32,5	16,0	16,5
2007	34,5	4,0	38,5	14,2	24,3

Graphik 2 und Tab. 13: Anstieg der Nicht-Arbeits-Quote von 20 %BIP auf fast 40% BIP mit ihrer Verteilung auf Sozialbudget und Kapitalertrag. Bezahlt werden diese Gelder allein von der Arbeitswelt.

4.4 von der Investition zur Lohngestaltung.

Je höher das Investitions-Volumen einer Volkswirtschaft, desto höher ist auch das statistische Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung. BIP geteilt durch Personenanzahl ergibt steigende Werte, solange die Wirtschaft insgesamt wächst. Reichtum für alle wird vermutet. Über die interne Verteilung sagt dieser Durchschnitt gar nichts. Dazu ein Beispiel, das **Brutto-Zwillings-Produkt**, genannt BZP:

*Zwei Brüder arbeiten, jeder für 5.000 €, folglich ist das BZP 10.000 €. Das Werkzeug beider gehört einem allein, der andere zahlt Rendite, z.B. 2.000 €. Der Netto-Ertrag des einen ist 7.000 €, der des anderen 3.000 €, beide arbeiten gleichviel, ihr BZP ist 10.000 €. Das Eigentum des einen an den Produktionsmitteln des anderen führt bei gleicher Arbeit zu Umverteilung der Kaufkraft für beide. Dem BZP sieht man diese interne Verrechnung nicht an, sie ist eine Frage **sozialer Rechtsbeziehung** zwischen beiden. Sollte sich dieses (Vor)Recht des einen erhöhen, haben beide immer noch Arbeit, der eine mit zunehmender Kaufkraft, der andere schließlich ohne Erwerb von Tauschmitteln trotz Arbeit.*

„**Ohne Kunde kein Job**“ verkündet Peter Hartz (*Job-Revolution, FAZ-Verlag, 2001, S.29*). Endverbraucherpreise müssen vom Kunden bezahlt werden, sonst ist die Produktion von Gütern für den Markt ohne Absatz. Nur ein Kunde, der Kaufkraft mitbringt, ist Arbeit(slohn)geber. Aber weiß der Kunde auch, wen er sonst noch mit Geld bedient? In seinen Preisen kumulieren **Steuern, Sozialabgaben** und alle **Renditen** der Wertschöpfungskette von der natürlichen Ressource bis zum Endprodukt. Der Kunde ist demnach nicht nur König, sondern auch **Steuerzahler** gegenüber dem Staat, **Mitmensch** gegenüber sozial Berechtigten und **Schuldner** bei allen Investoren. 80 Millionen Kunden in unserer Marktwirtschaft vermehren über ihren Einkauf die Einnahmen des Staates, der Sozialordnung und auch aller Renditen. In jedem Euro Endverbraucher-Preis spiegelt sich die unter 2.0 genannte Dreiteilung aller Abgaben. Nach Abzug des Kapitalertrages, der Steuern und Sozialabgaben kalkuliert sich **im Endverbraucherpreis ein Job-Geber-Anteil**, der seit 47 Jahren anteilig sinkt, weil der Kapitalertrags-Anteil überproportional steigt. (Siehe Graphik 1). Jede Investition mit Anspruch auf Rendite schafft angeblich Arbeitsplätze, bewirkt aber auch eine Verschuldung der Volkswirtschaft, deren Bedienung Kaufkraftschwund für die Arbeitenden bedeutet. Der Mehrwert der Arbeit wird verbucht bei denen, die dafür nicht (mehr) arbeiten (siehe Bilanzen 1960 – 2007). Die Höhe dieser Renditebeträge wird z. Zt. auf Finanzmarkt-Niveau „frei“ ausgehandelt, und wehe, dieses Limit wird nicht ange- oder überboten, dann nimmt „der Investor“ „sein Geld“ (?) und bringt es an den Ort höherer Rendite, er „wandert ab“.

Hier ein Beispiel eines mittelständischen Betriebes:

*Fa. Axmacher GmbH & Co. KG hat sich eine Fabrikhalle gemietet und einen Kredit aufgenommen. Die Firma stellt etwas her, was wir im täglichen Leben dringend brauchen, sei es als End- oder als Zwischenprodukt. Fa. Axmacher zahlt Miete und Zinsen an Vermieter bzw. Bank und holt sich selbstverständlich diese Zahlungen über die Preise für ihre Produkte wieder herein. Wie sollte es auch anders sein? Der Kunde von Fa. Axmacher bezahlt demnach Zinsen und Mieten über die Preise der Produkte von Fa. Axmacher. **Alle Verbraucher zahlen alle betrieblichen Kapital“kosten“ aller produzierenden Firmen.***

Auch ein anderes Bild ist vielleicht hier erhellend:

Wir hören viel von der sog. Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung. Demnach muss es auch eine „Pro-Kopf-Bezinsung“ geben. Tatsächlich kommen alle Menschen in einem Wirtschaftsraum für alle Kapitalertrags-Ansprüche über ihre Endverbraucherpreise auf. So enthalten Netto-Löhne und Sozialzahlungen neben indirekten Steuern für den Staat auch

alle anteiligen **Kapitalerträge der Eigentümer**. Alle 80 Mio. Deutschen sind z.Zt. mit 11.400 Mrd. € verschuldet, das sind 490% BIP. Bei einer Real-Rendite auf Weltmarkt-Niveau von heute ca.7-8% sind dies 34% BIP = 800 Mrd. € Brutto Kapitaldienst für 2007, aufzubringen von allen Menschen, die es nicht lassen können einzukaufen, z. Zt. jährlich pro Kopf 10.000 € in allen Endverbraucherpreisen. Ein neugeborenes Kind bekommt auf diese Weise einen **unsichtbaren Schuldschein** von ca. 135.000 € in seine Wiege gelegt – eine vierköpfige Familie bedient einen Kapitalertragsanspruch aus 540.000 € Investition. Wer soll darunter noch eine Familie ernähren? Bei Tod eines „Erblassers“ kann die nachwachsende Generation diese „Erbschaft“ noch nicht einmal ablehnen.

4.5 soziale Bedürftigkeit – ein Bombengeschäft (Tab. 2):

Rentner, Kranke, Arbeitslose, Pflegebedürftige, Kinder – alle sind Kunden, sie gehen einkaufen. Ihre Einkünfte sind Brutto-Einnahmen, ihre Kaufkraft errechnet sich erst nach Abzug von Steueranteilen sowie Kapitaldienst – folglich haben heute alle sozial Bedürftigen Abgaben über 50%! Die Bezugsberechtigung von Sozial-Leistungen ist die beste Garantie zum Erhalt von Kapitalertrag, dieser kalkuliert sich für 2007 auf 330 Mrd. €. Hohe Sozialabgaben seien das Problem der Arbeitswelt, heißt es, von Kapitaldienst aus Sozialbezügen ist in der Republik nur auf Investoren-Tagungen zu hören. Jetzt verstehe ich die Kernaussage eines bekannten Bankers bei der Veranstaltung **Health 2002** in Berlin, dass soziale Bedürftigkeit ein nicht vom Markt zu nehmender Nachfrage-Gigant sei, was jeden Investor hellhörig machen sollte. Zu deutsch: Leute kauft Krankenhäuser, baut Altenheime, privatisiert die öffentliche Daseinsfürsorge, denn die **Rendite** wird euch im Zweifelfall **von der Sozialkasse** überwiesen, und sei es auch in Form eines **Zuschusses aus Steuermitteln**.

4.6 der (Sozial)-Staat, Garant für den Kapitalertrag

Staatliche Stellen als juristische Personen sind selbst hochverschuldet, die Staatsverschuldung ist im Bewusstsein vieler Bürger. Der (Sozial)-Staat garantiert scheinbar über seine Zuschüsse aus Steuermitteln den Lebensunterhalt sozial Berechtigter, tatsächlich stellt dieser Zuschuss jenen Anteil dar, den diese Personengruppe als Schuldner an Investoren abzugeben hat. Darüber hinaus verlangt der Staat Zahlung von Verbrauchssteuern. Einen staatlichen Zuschuss aus Steuermitteln gab es per Saldo schon seit 1980 nicht mehr (Zeile 6 u. 7, 1980), dieser wird heute komplett an Investoren durchgereicht. Die BRD befindet sich bei kapitalistischer Wirtschaftsform in der monetären Sozialstaats-Falle. Ohne die 100 Mrd. € Steuern aus dem Brutto-Sozialbudget sähe die Rechnung der Finanzminister und Kämmerer noch düsterer aus.

Derartige Kurzschlüsse werden durch die Bilanzierung, wie sie hiermit vorgelegt wird, offensichtlich (siehe dazu 4.2 die Netto-Staatsquote). Die Arbeitspolitik der „sozialen Marktwirtschaft“ wird demnach nicht nur von **Staats-Verschuldung** belastet, sondern darüber hinaus auch von der mehr als doppelt so hohen **Sozial-Verschuldung**, ferner über Endverbraucherpreise der Tätigen als **Arbeits-Verschuldung**. Mit dieser Erkenntnis habe ich mich gefragt, warum ich eigentlich noch aus dem Ertrag meiner Praxis Steuern zahlen soll. Diese Umverteilungsmaschinerie von unten nach oben hat in mir schieres Entsetzen ausgelöst. In welchem Staat lebe ich eigentlich? Ca. 90% aller Steuern, das sind z.Zt. ca. 500 Mrd. € werden über Finanzämter, Rentenversicherung und Krankenkassen, über Sozialämter und die Agentur für Arbeit, über die Kindergeldkasse und die Pflegeversicherung als Rendite aus Endverbraucherpreisen an Kapitaleigner weitergeleitet. Die restlichen Steuereinnahmen kommen sogar noch von sozial Bedürftigen. Wenn das keine Staats- und Sozialkrise ist.

Das Gemeinwesen als Instrument zur Sicherung des Kapitalertrags,

so habe ich bislang den Staat nicht gesehen. Unter diesen Bedingungen kann jeder Bürger das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland getrost beiseite legen. Verweigerung von Steuerzahlung mit der Begründung, wir bekämen für die gezahlten Beträge keinen Staat, hat aber ohne ein deutsches Gericht sofortige Kontopfändung zu Folge – das nenne ich Staatsgewalt, die sicher nicht vom Volke ausgeht und der jegliche Legitimation fehlt. Das Geldsystem hebt die Demokratie aus!

4.7 industria – oder was bleibt den Fleißigen?

Nur Menschen können arbeiten, Realwirtschaft ist das Ergebnis. Geld kann nur messen, nicht arbeiten. Geld kann Recht setzen, weil es Macht hat, und damit die Allokation einer Wirtschaft steuern. Die Marktordnung ist die Grundlage der Verteilung in einer Marktwirtschaft. Keine Ordnung ist auch eine, sie stellt sich nach Machtlage ein, nicht nach Marktlage. Jedes System folgt seinem größten Attraktor – so die Theorie. Hat der Staat keine Macht, hat er auch keine ordnende Funktion – diese übernimmt „der freie (Welt)Markt“. Wie sich unter diesen Bedingungen die Allokationsfunktion unseres Geldwesens entwickelte, zeigt Graphik 1 sowie die Bilanzen 1960 – 2007 im Anhang.

Brutto und Netto unterscheiden sich erheblich, bei Steuer-, Zins- und Sozialquote analog. Diese kaufmännische Binsenweisheit gilt für das Geld eines einzelnen Menschen, einer Familie, jedes Kollektiv, ja auch für die „Firma“ Bundesrepublik Deutschland, selbst für die ganze Erde. Mikroökonomisch (betriebswirtschaftlich) führt die dargestellte Entwicklung zunehmend in **Insolvenzen**, makroökonomisch (volkswirtschaftlich) in die **Zerstörung jeder Sozialordnung**. Die steigende Kurve des

Kapitalertrages und die fallende des „effektiven“ Lohnes werden sich in naher Zukunft treffen. Die Wirtschaftskrise unserer Tage ist eine Allokationskrise, sie geht allein auf den exponentiell wachsenden Kapitalertrags-Anteil zurück, dessen volkswirtschaftlich sinnvolle Besteuerung bei Grenzenlosigkeit des Geldsystems kaum gelingt. Es liegt ein Zinses-Zins-Effekt vor, dessen fehlende Steuerung Staat, Arbeits- und Sozialordnung zerstört. Extrapoliert man diese Kurven in das Jahr 2020, dann haben Staat und Sozialordnung keine Netto-Einnahmen mehr, es gibt nur noch Arbeitslohn und Kapitalertrag je zur Hälfte. Auf dem Wege dorthin lässt sich staatliche und soziale Ordnung nicht mehr finanzieren. Die Kaufkraft dieser beiden Quoten läuft gegen Null. Staat ohne Marktmacht in einer sog. Marktwirtschaft? Damit werden alle **Grundrechte der Bürger** auf staatliche Ordnung zunichte.

Leistung ist Arbeit pro Zeit, BIP ist Arbeit(ertrag) pro Jahr, also ein Maß von Leistung in der Dimension Geld pro Zeit. Die Jahres-Arbeitsleistung wird aufgeteilt über die Allokationsfunktion des Geldes. Während Kapitalertrag und Sozial-Leistungen für Berechtigte zeit-unabhängige Einnahmen sind, steckt in ihnen die Arbeitszeit der Schaffenden, denn nur Menschen haben Zeit. „Zeit ist Geld“ – so ein Sprichwort. Exponentiell steigender Kapitalertrags-Anteil ist Zugriff auf die Zeit anderer, während man selbst seine Zeit mit dem Erhalt dieser pathologischen Strukturen verbringen kann, oder eben „Freizeit“ hat. Es braucht Zeit, derartige Beträge für andere Menschen zu erarbeiten. Ein Feudalsystem völlig neuer Prägung tut sich hier auf, die **Diktatur des Kapitals**, moderner Frondienst als pekuniärer Feudalismus.

4.8 Was bleibt vom Sozialstaat?

Abb. 1 zeigt das Sozialbudget 1970 und 2007, aufgeteilt in seine Untergruppen. Die Relationen des Aufwandes zur Altenversorgung, der Gesundheitskosten, des Arbeitslosen-Geldes und der Familienfürsorge sind in % BIP aufgetragen. Arbeitgeber und -nehmer sowie Steuerbudget finanzieren den Aufwand, Kapitalertrag und Verbrauchs-Steuer mindern den Netto-Ertrag, also die Kaufkraft. Die Proportionen des Abzuges für Kapitaldienst lassen sich auch auf die einzelnen Fraktionen des Sozialbudgets anwenden – die Kollektive sind groß genug.

20,9% BIP Beitrag der Arbeitswelt, eingesammelt über 41% Abzüge der **Sozial-Brutto-Arbeitslöhne** unterhalb der Beitrags-Bemessungsgrenze, lassen leicht nachrechnen, dass die sozialversicherungspflichtige Lohnsumme bei $20,9/41 = \text{ca. } 50\%$ BIP liegt. Mehr als 1.150 Mrd. € wirtschaftlicher Ertrag sind mittlerweile sozialversicherungsfrei. Kapitalertrag senkt Arbeitsertrag, Arbeitsertrag **allein** zahlt Sozialversicherungen weit mehr als der Netto-Bedarf, der Staat hilft nicht (!), bekommt sogar noch Steuern per Saldo von sozial Bedürftigen.

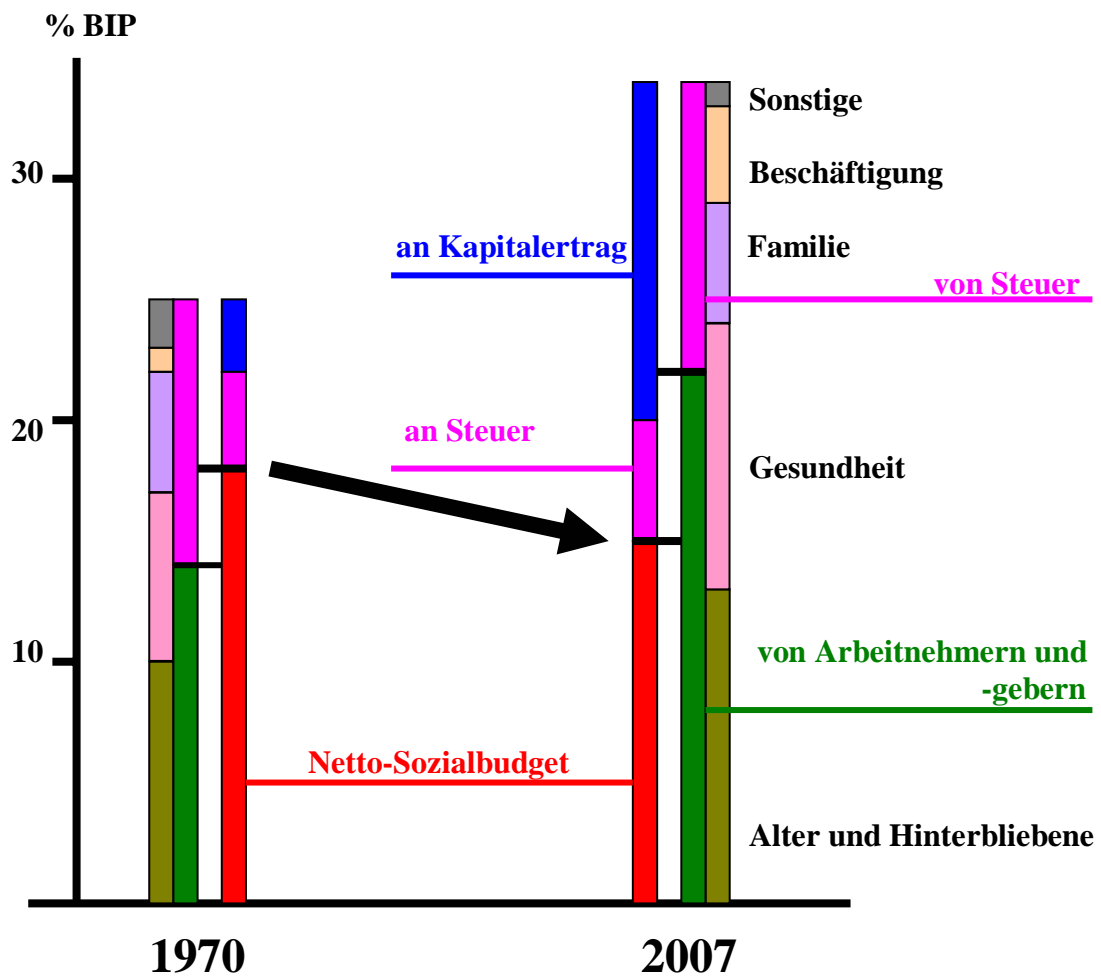


Abb. 1: Darstellung des Brutto-Sozialbudgets nach Einnahme- und Verwendungs-Arten, saldiert um Kapitalertrags- und Steuer-Anteile in den Endverbraucherpreisen. Gab es 1970 noch einen Netto-Zuschuss vom Staat nach Abzug des Kapitalertrages, so ist diese Bilanz seit 1980 negativ. 2007 werden die Sozialabgaben der AN / AG von Kapitalertragsanteilen und der vollen Verbrauchssteuer um ca. 7% BIP (ca. 150 Mrd. €) verringert. Der Staat bekommt Steuern von sozial Berechtigten, sein Steuerzuschuss wird per saldo Kapitalertrag.

Das Märchen von der Kostenexplosion im Gesundheitswesen – es ist schon etwas dran. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) bekommt seit 1975 konstant 6% BIP als Brutto-Einnahme. Bei der Ausgabe ersetzt sie **Endverbraucherpreise**. Als Arbeitslohn für 2007 verbleibt nach Abzug des Kapitaldienstes (60 Mrd. €) und der Steuern (18 Mrd. €) zur Bezahlung der Versorgung ein stetig sinkender Anteil von zuletzt 2,9 % BIP gegenüber 4,4 % BIP in 1975. Seit dieser Zeit hat sich aber die Zahl der Beschäftigten des Gesundheitssystems von 2,0 auf 4,2 Mio. Arbeitnehmer erhöht. Die „Kostenexplosion“ führte zur Einnahme-Schwemme allein beim Kapitalertrag. Krankenkassen-Gelder für Ertrag ohne Arbeit, fehlende Entlohnung der für das Gesundheits-System

arbeitenden Menschen mit gleichzeitigem Personalmangel – welch ein Zynismus!. Auch der Import von Billig-Lohn-Mitarbeitern neben Waren aus Billig-Lohn-Ländern hat diesen Sachverhalt nicht korrigiert. Die Industrialisierung des Gesundheits-Systems mit Erhöhung der Lohnstückzahl stößt in diesen Tagen an ihre natürliche Grenze. „**Operiert Euch doch selber!**“ – so protestieren heute Ärzte und Pflegepersonal, ohne zu ahnen, warum Arbeit so gering bezahlt wird, obwohl alles so teuer ist. Derweilen werden neue Zähne und Hüftgelenke im Niedriglohnland Indien für Investoren zu besten Renditebringern, der Patienten-Tourismus blüht, die Einleger der Deutschen Bank u. a. machen glänzende Geschäfte. Eine analoge Betrachtung ist für die Rentenversicherung möglich. Auch hier werden Endverbraucherpreise ersetzt. Neben einem sog. „demographischen Faktor“ haben wir ein **renditographisches Problem** aller Solidarkassen. Rendite wächst, und damit soziale Not!

5.0 Die Wirtschaft muss wachsen! Wirklich?

Gemessen in Kaufkraft ist unsere Wirtschaft in den letzten 50 Jahren real um den Faktor 3 gewachsen. Die Kaufkraft des Staates ist trotz Wirtschaftswachstums auf dem Niveau von 1970 stehen geblieben. Dazu geliehene Kaufkraft (Kredit) erhöhte den Kapitaleinsatz über stete **Neuverschuldung**. Das Sozialbudget hat sich real verdreifacht, wuchs also mit, obwohl der Bevölkerungsanteil der Berechtigten dramatisch zugenommen hat. Der effektive Lohn stieg um den Faktor 2,5, blieb real unterproportional.

Kapital-Ertrag wuchs anteilig um den Faktor 9 – real um 27 (!)

Zweifelsohne müssen Staat und Arbeitswelt gegenüber privaten Privilegien dieser Art kapitulieren. „Die Privatwirtschaft kann alles besser“ – unter diesen geldrechtlichen Bedingungen eine zweifelsfrei wahre Aussage. Die Allokation von Netto-Einnahmen nach diesen Regeln lässt als staatliche Leistung nur noch den „Verkauf von Tafelsilber“ sowie erneute Kreditaufnahme zu, die Arbeit begnügt sich derweil mit sinkender Kaufkraft und versorgt nebenbei noch alle sozial Berechtigten.

„Wir brauchen Investitionen“, diese Aussage ist richtig und falsch zugleich. **Richtig**, denn sonst macht der Eigentümer von seiner Zugriffsmacht auf staatliches Zahlungsmittel Gebrauch, trägt es außer Landes und der hiesigen Wirtschaft fehlen die Tauschmittel – Deflation wäre die Folge. **Falsch**, denn jede weitere Investition mit ihrem Anspruch auf Kapitalertrag ist volkswirtschaftlich eine zusätzliche Verschuldung, deren Rendite leistungslos abgeschöpft wird, da ihr im „freien Markt“ keine

(staatlichen) Grenzen gesetzt werden. So steigt der Kapitalertrag und **frisst** – besser: erwirbt schließlich mehr als jedes Wirtschaftswachstum zusätzlich erarbeiten kann – Raubtier? ... Heuschrecke?

Zieht man von einer linear wachsenden Gesamtkaufkraft den exponentiell ansteigenden Netto-Kapitaldienst ab, so bekommt man mit mathematischer Genauigkeit die Ballistik-Kurve eines Geschosses. Dieses steigt anfänglich hoch (zeigt Wachstum), erreicht seinen Zenit und stürzt dann „dem großen Attraktor folgend“ auf den Boden der Tatsachen. Jedes System auf hohem Niveau, dem man zunehmend Energie (Kaufkraft) ohne Gegenleistung entzieht, stürzt ab – auch die reale Wirtschaft. (siehe den Anhang Wirtschaftsmathematik)

5.1 Cui bono? – wem nützt es?

Abgaben-Umsatz

% BIP	A	E	S	A	A
Umsatz	Soll	Haben	BIP	Arbeit	Netto
1960	55,6	155,6	100,0	71,4	28,6
1970	60,3	160,3	100,0	69,2	30,8
1980	72,6	172,6	100,0	63,8	36,2
1990	72,4	172,4	100,0	64,3	35,7
2000	80,4	180,4	100,0	63,7	36,3
2007	91,2	191,2	100,0	59,3	40,7

Gesetz des abnehmenden Grenznutzens

Jeder Betriebswirt macht eine Grenznutzen-Analyse vor Investitionserweiterung, die möglicherweise den Firmenertrag schmälert. Ist ein Kollektiv überschuldet, sinken dessen Sozialstandards, dies gilt auch für Über-Investitionen in einer Volkswirtschaft. Der Grenznutzen nimmt ab, wird schließlich negativ. Das **Zweite Gossen'sche**

Gesetz beschreibt diesen Zusammenhang. Die Einnahme-Überschuss-Rechnung der Bundesrepublik Deutschland lässt dessen Anwendung zu. Der Umsatz der Republik (s. o. und Zeilen 18 der Bilanzen) stieg von 150 %BIP auf 190 %BIP, um 100 %BIP als Ertrag zu erwirtschaften – um daraus 40 %BIP abzugeben. Gleichzeitig schicken alle Bürger z. Zt. jährlich über 90% BIP als Abgaben-Umsatz über alle Konten, das sind mehr als 2.000 Mrd. €, um zu verschleiern, wer schließlich den wirtschaftlichen Ertrag BIP netto behalten darf. Dieser buchhalterische Zusammenhang zeigt unbestechlich, dass das pure Streben nach Kapitalertrag mit exponentiell wachsenden Rendite-Anteilen ohne deren Sozialbindung jede politische Ordnung auflöst, vermittelt über das Geldsystem. Hier ist die Grenze des Wirtschafts-Wachstums erreicht. Die Überschuldung nützt noch nicht einmal den Investoren. Insolvenzen nehmen zu, wenn nicht von Seiten des Staates Rendite abgeschöpft wird. Das Geldsystem, bestehend aus dem **Vertrauen auf ein politisches Gesetz**, aber nicht garantiert durch das Grundgesetz, bricht unter sozialen Unruhen zusammen. Ist das unser Ziel von Wirtschaftswachstum?

6.0 Zusammenfassung und finanzpolitische Schlussfolgerung:

In einer arbeitsteiligen Gesellschaftsordnung muss sich jeder mit seinen Fähigkeiten einbringen. Er hat das Recht zu lernen, sowohl in der allgemein bildenden Schule als auch in weiterer Ausbildung und danach im Beruf. Später steht er mit seinen Fähigkeiten dem Gemeinwohl zur Verfügung. Für seine Arbeit wird er entlohnt und bestreitet mit seinem Arbeitsentgelt seinen Lebensunterhalt.

Für die Organisation dieser arbeitsteiligen Wirtschaftsordnung hat der Mensch eine geniale Erfindung gemacht: **das Geld**.

Unser Geld gibt es nicht nur zum Tausch. Es bekommt seinen Wert aus der Verpfändbarkeit von Eigentum in Kreditkontrakten zwischen Gläubiger und Schuldner. Während Schulden letztlich an lebende Menschen gebunden bleiben, können die dazugehörigen Gläubiger-Rechte (Guthaben) über **internationale Finanzmärkte** gehandelt und so an jeden Ort der Erde transferiert werden, um dort aus fremder Volkswirtschaft ein **Maximum an Rendite** herauszuholen. Dieser Vorgang führt zur Verknappung von Geld am Ort der Arbeit, die der Kapitalmarkt nur aufhebt, wenn Eigentum verpfändet wird und daraus weltbeste Renditen geboten werden. Hierzulande muss demnach die Arbeitswelt das **Renditegebot** ferner Länder **überbieten**, sonst gibt es eben kein Geld, obwohl dieses Medium als gesetzliches Zahlungsmittel angeblich eine **staatliche** Einrichtung ist! So bringt Verleihen von Guthaben und Sacheigentum Geld ein und aus vermehrtem Guthaben/Eigentum wird stetig **n o c h** mehr Guthaben/ Eigentum. Allem Guthaben/Eigentum stehen spiegelbildlich genauso viel Schulden bzw. Fremdnutzungsverträge mit Schuldscheincharakter gegenüber! Rolf Breuer (Deutsche Bank) sprach von der **Selbst-Alimentation** des Geldwesens. Da Eigentum real begrenzt ist, wird über diesen Prozess eine **Lawine von Enteignungen** ausgelöst. Diese Automatik beschleunigt sich unkontrolliert zunehmend. Je weiter sie fortschreitet, desto rascher wird sie. Jedem mathematisch geschulten Menschen wird in der Darstellung einer immer steiler werdenden Kurve klar, dass diese **Exponentialfunktion** über Feudalisierung der Gesellschaft zum Zusammenbruch des Systems führen muss (siehe Anhang Wirtschaftsmathematik). Schlussendlich gehören der Staat, die Mittel zur Daseinsvorsorge und zur Produktion privat einigen wenigen Reichen – die Bevölkerung wohnt zur Miete mit Steigerungsklausel, zahlt Maximal-Rendite zur Nutzung von Wasser, Energie, Nahrung. Das Volk als „Souverän“ ist zwar Besitzer des Geltungsbereichs des Grundgesetzes – aber nicht mehr Eigentümer. Diese regieren das Gemeinwesen über Kapitalmärkte von außen.

Vor diesem (internationalen) Zusammenbruch stehen wir heute!

Im Jahre 2007 teilen sich Staat und Arbeitswelt nur noch 62% der Erträge; **38% BIP sind leistungsloses Einkommen**, wovon 24 %BIP an wenige Eigentümer, 14 %BIP an alle sozial Berechtigte gehen. Die Anzahl der Eigentümer hat abgenommen, die der sozial Berechtigten massiv zugenommen. Nicht damals lebten wir über unsere Verhältnisse, sondern heute! Über diesen Allokationseffekt des Geldes vollzieht sich die **Enteignung von Staat und Arbeit**. Riesengewinne für die Eigentümer (ohne eigene realwirtschaftliche Leistung), Zusammenbruch der Sozialsysteme, Arbeit mit stetig schlechterer Entlohnung, Verdämmern des Staates.

Dem Staat fehlt jede politische Manövriermasse, und im sinkenden Anteil des **Netto-Sozialbudgets** tummeln sich immer mehr Berechtigte. Diese Entwicklung wird uns als „Gang in die Dienstleistungsgesellschaft“ verkauft. Mir drängt sich eher der Eindruck auf, es handele sich um einen Gang in die Versklavung. **Grundrechte werden massiv verletzt**. Mussten wir Arbeitenden „anno König“ den Zehnten abgeben, so sind es bald drei Zehnte. Das aber ist mehr als **Feudalismus**.

Daneben bekommt der **Staat** aus den Kapitalerträgen **keine adäquate Steuer**, um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht halten zu können, versucht aber bis heute vergeblich, den Renditeanspruch an die Staats-Quote (Steuer- und Sozialbudget) zu kompensieren. Jetzt verabschiedet er sich wie ein kaum mehr vorhandenes Anhängsel der neoliberalen Geldwirtschaft. Kein Netto-Steuer-Budget, kein Staat - **kein Staat, keine Demokratie**. Wohin also?

Auf der einen Seite schafft der Kapitalertrag ein leistungsloses Einkommen ohne persönlichen Zeit-Aufwand, und dies stetig steigend, auf der anderen Seite müssen die Schuldner rationalisieren oder immer mehr Arbeitszeit aufwenden für die Ertrags-Ansprüche der Eigentümer. Arbeitszeitverlängerung für noch beschäftigte Menschen fördert eben die Kapitalrendite. Wem gehört demnach die Lebenszeit der Menschen, wem das Leben? So verwirklicht sich der alte Ausspruch: Zeit ist Geld, d. h. für mich persönlich und alle meine Mitbürger: **Je fleißiger wir alle arbeiten, desto weniger bekommen wir anteilig vom Ertrag ab.** Jetzt kenne ich die wirtschaftspolitische Ursache meiner in der Einleitung genannten betriebswirtschaftlichen Problematik. Ich bin es nicht Schuld, ich bin nur Teil eines tyrannischen Systems, dem ich nicht entrinnen kann, weil Regierungen versagen – oder aber dem Tyrannen etwa selbst dienen?

In dieser Problematik liegt auch die Ursache für die Schwarzarbeit. Bekommt ein Mensch in Deutschland für geleistete Arbeit Geld, zahlt davon keine Sozialbeiträge und keine Steuern, so sei dies strafbar, sagt der Gesetzgeber. Soll ein Arbeitnehmer mehr arbeiten ohne Lohnausgleich, bekommt er für diesen Anteil der Arbeit keine Kaufkraft, der Staat keine Steuern, die Sozialkasse keine Beiträge – dies ist offizielle Wirtschaftspolitik in Deutschland. Bekommt ein Mitmensch hierzulande jedoch viel Geld aus Kapitalertrag, ohne selbst dafür gearbeitet zu haben, zahlt davon weder Sozialbeiträge noch adäquat Steuern, so handelt es sich um einen durch Macht abgesicherten Rechtsanspruch. Faktisch führt diese Vorgehensweise zum Verlust staatlicher und sozialer Ordnung. **Welchen Respekt soll ich vor einer solchen monetären Rechts- und Sozialordnung haben?**

Der Bezug von Geld ist ein Rechtsanspruch. Hat jemand für mich gearbeitet, bekommt er Anspruch auf Bezahlung. So einfach ist das. Aber hat jemand, der **nicht** arbeitet, sondern nur sein stetig von allein wachsendes Eigentum in Geld- und Sachwerten zwecks Fremdnutzung bereitstellt, wirklich einen **Rechtsanspruch auf Arbeitsertrag anderer** in einer solchen Größenordnung, wie er sich mittels **weltweit offenem Geldsystem** aus dem Sozialgebilde Deutschland (und anderen Ländern) herausholen lässt? Mir kommen da Zweifel!

Wir leben in einem Land, in dem Brutto- wie Netto-Kapitalerträge seit rund drei Jahrzehnten weitaus schneller wachsen als die Wirtschaft. Dies ist Un-Recht, Arbeit(nehmer) stehen unter dem (Grund)Gesetz, Kapital (eigner) nicht. „Gesetze machen wir nur für jene Mitmenschen, die wir damit erreichen können, Reiche können wir nur bitten“, so Siegmund Gabriel (SPD) – ich habe richtig gehört! Dies ist Zerrüttung unserer Sozialordnung, ohnmächtig betrachtet von einer Regierung, die sicherlich keine Zeit hatte, sich in diese **Gelddynamik** einzuarbeiten, oder die gerade diese Rechts-Eigenschaft des Geldes gut kennt und so eben (ihre) Geschäfte mit dem Volk macht.

Die Antwort auf meine **Petition beim Deutschen Bundestag** - Aktenzeichen: Pet 2 / 14 / 15 / 8272/ 046748 - gab dieser Sichtweise unter dem Blickwinkel der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zwar recht, verwies aber diese Eingabe zur weiteren Beratung an das Wirtschaftsministerium. Dort versandete der Vorgang in der Bürokratie. Zurück blieb ein Bürger mit massiven Zweifeln am heutigen Funktionieren dieser finanzpolitischen Form von „Demokratie“.

Kapitalerträge, Mieten, Verzinsungen, Dividenden sind leistungslose Einnahmen aus Arbeit, die auf der anderen Seite den Lohn für Arbeit mindern. Allein die anteilig sinkende Lohnsumme wird zur Finanzierung des gesamten Sozialstaates herangezogen. Mehr als 60% aller Profite in deutschen Preisen werden über die Sozialordnung „erwirtschaftet“ (ca.20% BIP=460 Mrd. €).

90% (!) aller eingenommenen Steuern sind per Saldo Kapitaldienst!

Daneben erfreuen sich Renditebezieher ihrer fehlenden Beteiligungspflicht an der Finanzierung sowohl unseres Staates als auch dessen Sozialsysteme. Hier sind **Bankstrukturmaßnahmen** notwendig, wenn sich Deutschland nicht erneut in ein **Armenhaus** verwandeln soll. Ferne Länder machen uns vor, wie mit solchen Problemen umzugehen ist, sie steigen teilweise aus dieser Geldwirtschaft aus und regeln ihre Probleme nach den Prinzipien von Genossenschaften, bis in das Geldwesen hinein durch Schaffung von Regional- oder Sektoralwährungen. Alternativ wären Sozialabgaben zu zahlen dort, wo Kapital-„Kosten“ gewinn-, lohn- und steuermindernd gelten gemacht werden, beim Finanzamt.

Wenn die Behauptung gilt, dass Kapital Arbeitsplätze schaffe, warum ist dann dieser Arbeit(splatz)geber von den in Deutschland geltenden Sozialversicherungspflichten befreit? Die Fremdfinanzierungs-Quote der deutschen Wirtschaft liegt bei 85-90% (in den neuen Bundesländern bei 93%!), d.h., den deutschen Unternehmern gehört nur noch 10-15% des Produktiv-Kapitals. Eigentümer und damit Arbeit(splatz)geber ist im wesentlichen nur noch der Kapitaleigner, nachdem frühere Eigentumsformen zerstört wurden. Beteiligte sich Kapitalertrag wie Unternehmerlohn an den Arbeitgeberpflichten, so wäre jedes Bruttogehalt in Deutschland um 22% entlastet. Alle Unternehmer hätten im Jahre 2007 200 Milliarden Euro mehr Gewinn. Dieser Betrag wäre entweder zu versteuern oder stände zur Verfügung als Jahres-Brutto-Lohn von 40.000 Euro für 5 Millionen arbeitssuchender Mitmenschen. **Überproportionaler Kapitalertrag ist allein die Ursache für Arbeitsplatzabbau und permanent steigende Arbeitslosigkeit**, nicht nur in Deutschland. Arbeit haben wir genug – nur das Geld für deren Bezahlung läuft durch unberechtigte Hände. Es handelt sich um eine grundrechtswidrige systemische Bereicherung einer internationalisierten Minderheit aus der volkswirtschaftlichen Arbeit der Mehrheit.

Mein Betrieb hätte nicht 31.000 Euro Sozialabgaben, sondern nur 55% davon, 50% Arbeitnehmer- und 5% Unternehmer-Anteil, **45% Kapital-Anteil!** – hier wäre ein Arbeitsplatz spielend drin, den wir dann auch bezahlen könnten ohne einen Cent Mehreinnahmen. (siehe dazu auch den Flyer im Anhang)

In allen Schulen sollte die sozial schädliche Wirkung des renditemaximierenden Geldsystems gelehrt werden an Stelle von Börsenspielen nach Schulschluss bei den Banken.

Sollte eine Korrektur der gegenwärtigen Entwicklung nicht möglich sein, droht der Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland eine neue Diktatur, diesmal die **Diktatur des Kapitals**, wie bereits schon durch die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds für

andere Länder aufgezeigt und hierzulande durch die **Agenda 2010** begonnen. Soziale Spannungen aufgrund struktureller Gewalt des Geldsystems sind die Folge. Das Grundgesetz der BRD hat dann nur noch Papierwert. Wer soziale Ordnung, Bildung, Solidarität, **Freiheit** des Geistes, **Gleichheit** vor dem Recht und **Brüderlichkeit** in der Wirtschaft will, muss lernen, dass dieses Rechts-System ohne effektive Gegensteuerung innerhalb von zwei Generationen jede Sozialordnung zerstört. Für weniger wirtschaftsmathematisch interessierte Bürger empfehle ich als Nachmittagslektüre das Märchen „Momo“ von Michael Ende. Der Autor beschreibt darin das, was ich mit nüchternen Zahlen darzustellen versucht habe. Noch gilt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. **Artikel 14 Absatz 2** besagt, Eigentum verpflichtete, sein Gebrauch solle auch dem Gemeinwohl dienen. Dieser Artikel wird seit 40 Jahren hierzulande einfach ignoriert. Im **Artikel 20 Absatz 1** heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Bundesstaat“ und weiter in Absatz 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, **wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**“ Auf dem Weg in diese Finanzdiktatur ist Widerstand oberste Bürgerpflicht. So steht es auch in der Verfassung der ersten Republik Frankreichs nach der französischen Revolution (siehe Deckblatt).

Dieser Widerstand gilt einem **Tabu** und einem **Unwissen** über unser Geldsystem, das letztendlich auch dem Gutwilligsten die Möglichkeit nimmt, sich nach seinen Fähigkeiten sozial in unserem Gemeinwesen einzubringen durch Arbeit, Solidarität und Mitmenschlichkeit. Um diese Qualitäten staatlicher Ordnung ging es auch bei den Demonstrationen gegen „Hartz IV“. Die Demonstranten wollen nicht Demokratie auf dem Papier, sondern als reale Staatsform.

Deutschland ist „überfischt“, die „Fangflotte“ ist zu groß, aber niemand ordnet die „Fangquote“. So wie wir die Erde ausbeuten, so quälen wir auch unsere soziale Mitwelt – es lässt sich nachrechnen, und ist **grundrechtswidrig**. In Kurzform habe ich schon 2002 diese Problematik auf einen Flyer geschrieben und in mein Wartezimmer gelegt (siehe Anhang). Viele Mitmenschen fangen an zu fragen und merken, dass sie um den Ertrag ihrer Arbeit betrogen werden, vor allem diejenigen, die heute noch in unser Sozialsystem einzahlen und jene, die von dem Geld des Sozialsystems für ihre Arbeit bezahlt werden.

Eins geht eben nur, entweder wir wollen **Demokratie und Solidarität**, oder wir gestatten Profit dieser Größenordnung und nennen den daraus resultierenden Kampf Jeder gegen Jeden **Eigenverantwortung**. Ob wir noch eine freie Wahl haben?

Langenhagen, im Oktober 2009

Dr. Dieter Petschow

7.0 Anhang:

7.1 Summen und Salden-Rechnung des BIP von 1960 bis 2007:

1960	% BIP	A	E	S
	100% BIP = 151 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	1,0	13,0	12,0
2	Sozial	11,0	3,0	-8,0
3	Kapital	2,0	7,0	5,0
4	Staat	14,0	23,0	9,0
5	Arbeit		12,0	12,0
6	Staat	3,0	11,0	8,0
7	Kapital	3,0		-3,0
8	Sozial	6,0	23,0	17,0
9	Staat	7,0	2,0	-5,0
10	Sozial		3,0	3,0
11	Arbeit		4,6	4,6
12	Kapital	7,0	9,6	2,6
13	Sozial	12,0	17,0	5,0
14	Kapital	4,6	2,6	-2,0
15	Staat	12,0	9,0	-3,0
16	Arbeit	28,6	100,0	71,4
18	Umsatz	56,6	156,6	100,0

1970	% BIP	A	E	S
	100% BIP = 358 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	1,5	12,9	11,4
2	Sozial	10,7	3,5	-8,2
3	Kapital	2,7	7,1	4,4
4	Staat	14,9	23,5	8,6
5	Arbeit		14,4	14,4
6	Staat	3,5	10,7	7,2
7	Kapital	4,0		-4,0
8	Sozial	7,5	25,1	17,6
9	Staat	7,1	2,7	-4,4
10	Sozial		4,0	4,0
11	Arbeit		5,0	5,0
12	Kapital	7,1	11,7	4,6
13	Sozial	14,4	17,6	3,2
14	Kapital	5,0	4,6	-0,4
15	Staat	11,4	8,6	-2,8
16	Arbeit	30,8	100,0	69,2
18	Umsatz	60,3	160,3	100,0

1980	% BIP	A	E	S
	100% BIP = 766 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	2,0	12,0	10,0
2	Sozial	11,6	3,9	-7,7
3	Kapital	3,9	8,6	4,7
4	Staat	17,5	24,5	7,0
5	Arbeit		19,0	19,0
6	Staat	3,9	11,6	7,7
7	Kapital	7,6		-7,6
8	Sozial	11,5	30,6	19,1
9	Staat	8,6	3,9	-4,7
10	Sozial		7,6	7,6
11	Arbeit		7,2	7,2
12	Kapital	8,6	18,7	10,1
13	Sozial	19,0	19,1	0,1
14	Kapital	7,2	10,1	2,9
15	Staat	10,0	7,0	-3,0
16	Arbeit	36,2	100,0	63,8
18	Umsatz	72,6	172,6	100,0

1990	% BIP	A	E	S
	100% BIP = 1275 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	2,5	10,5	8,0
2	Sozial	10,2	3,4	-6,8
3	Kapital	4,6	8,2	3,6
4	Staat	17,3	22,1	4,8
5	Arbeit		18,6	18,6
6	Staat	3,4	10,2	6,8
7	Kapital	7,8		-7,8
8	Sozial	11,2	28,8	17,6
9	Staat	8,2	4,6	-3,6
10	Sozial		7,8	7,8
11	Arbeit		9,1	9,1
12	Kapital	8,2	21,5	13,3
13	Sozial	18,6	17,6	-1,0
14	Kapital	9,1	13,3	4,2
15	Staat	8,0	4,8	-3,2
16	Arbeit	35,7	100,0	64,3
18	Umsatz	72,4	172,4	100,0

2000	% BIP	A	E	S
	100% BIP = 2030 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	3,0	10,7	7,7
2	Sozial	12,2	4,4	-7,8
3	Kapital	5,6	9,5	3,9
4	Staat	20,8	24,6	3,8
5	Arbeit		19,6	19,0
6	Staat	4,4	12,2	7,8
7	Kapital	11,4		-11,4
8	Sozial	15,8	31,8	16,0
9	Staat	9,5	5,6	-3,9
10	Sozial		11,4	11,4
11	Arbeit		9,0	9,0
12	Kapital	9,5	26,0	16,5
13	Sozial	19,6	16,0	-3,6
14	Kapital	9,0	16,5	7,5
15	Staat	7,7	3,8	-3,9
16	Arbeit	36,3	100,0	63,7
18	Umsatz	80,4	180,4	100,0

2007	% BIP	A	E	S
	100% BIP = 2309 Mrd. €	Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	3,0	9,2	6,2
2	Sozial	11,9	4,3	-7,6
3	Kapital	6,7	10,3	3,6
4	Staat	21,6	23,8	2,2
5	Arbeit		20,9	20,9
6	Staat	4,3	11,9	7,6
7	Kapital	14,3		-14,3
8	Sozial	18,6	32,8	14,2
9	Staat	10,3	6,7	-3,6
10	Sozial		14,3	14,3
11	Arbeit		13,6	13,6
12	Kapital	10,3	34,6	24,3
13	Sozial	20,9	14,2	-6,7
14	Kapital	13,6	24,3	10,7
15	Staat	6,2	2,2	-4,0
16	Arbeit	40,7	100,0	59,3
18	Umsatz	91,2	191,2	100,0

**7.2 Summen und Salden zum leistungslosen Einkommen
1970 – 2000 (1960 und 2007 siehe 4.2) :**

1970	% BIP	A	E	S
100% BIP = 358 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		14,4	14,4
6	Staat	3,5	10,7	7,2
7	Kapital	4,0		-4,0
8	Sozial	7,5	25,1	17,6
9	Staat	7,1	2,7	-4,4
10	Sozial		4,0	4,0
11	Arbeit		5,0	5,0
12	Kapital	7,1	11,7	4,6
5+11	Arbeit		19,4	19,4
6+9	Staat	10,6	13,4	2,8
7+10	Soz.+ Kap.	4,0	4,0	0,0
8+12	Nicht-Arbeit	14,6	36,8	22,2

1980	% BIP	A	E	S
100% BIP = 766 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		19,0	19,0
6	Staat	3,9	11,6	7,7
7	Kapital	7,6		-7,6
8	Sozial	11,5	30,6	19,1
9	Staat	8,6	3,9	-4,7
10	Sozial		7,6	7,6
11	Arbeit		7,2	7,2
12	Kapital	8,6	18,7	10,1
5+11	Arbeit		26,2	26,2
6+9	Staat	12,5	15,5	3,0
7+10	Soz. + Kap.	7,6	7,6	0,0
8+12	Nicht-Arbeit	20,1	49,3	29,2

1990	% BIP	A	E	S
100% BIP = 1275 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		18,6	18,6
6	Staat	3,4	10,2	6,8
7	Kapital	7,8		-7,8
8	Sozial	11,2	28,8	17,6
9	Staat	8,2	4,6	-3,6
10	Sozial		7,8	7,8
11	Arbeit		9,1	9,1
12	Kapital	8,2	21,5	13,3
5+11	Arbeit		27,7	27,7
6+9	Staat	11,6	14,8	3,2
7+10	Soz. + Kap.	7,8	7,8	0,0
8+12	Nicht-Arbeit	19,4	50,3	30,9

2000	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2030 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
5	Arbeit		19,6	19,6
6	Staat	4,4	12,2	7,8
7	Kapital	11,4		-11,4
8	Sozial	15,8	31,8	16,0
9	Staat	9,5	5,6	-3,9
10	Sozial		11,4	11,4
11	Arbeit		9,0	9,0
12	Kapital	9,5	26,0	16,5
5+11	Arbeit		28,6	28,6
6+9	Staat	13,9	17,8	3,9
7+10	Soz. + Kap.	11,4	11,4	0,0
8+12	Nicht-Arbeit	25,3	57,8	32,5

Liebe Mitbürger!

Wussten Sie schon, warum unser **Sozialstaat** in die Krise läuft, warum **Krankenkassen** und **Rentenversicherung** kein Geld haben, wie seine Bürger um den **Ertrag** ihrer **Arbeit** gebracht werden?

Ihre Arbeitswelt ist mit mehr als **11,4 Billionen (!) EUR** verschuldet. Alle arbeitenden Menschen zahlen dafür jährlich ca. **800 Milliarden EUR** für **Zinsen und Mieten** an wenige Mitbürger, die dafür nicht arbeiten müssen.

Das sind mehr als alle Steuern noch einmal.

Jeder Arbeitnehmer in Deutschland bekommt für **täglich 2 Stunden Arbeit** keinen Lohn, der **Ertrag** seiner Arbeit geht an **Kapitaleigner**. Mit weiteren **1,5 Stunden Arbeit** sind Staat und Sozialordnung finanziert.

Jeder Haushalt in Deutschland zahlt jährlich auch ohne eigene Schulden **22.500 EUR Kapitaldienst** über seine Endverbraucherpreise.

Auf **Einnahmen aus Geldgeschäften** entfallen weder Anteile zur **Renten-** und **Krankenversicherung**, noch für **Altenpflege** oder **Arbeitslosigkeit**.

Alle **Sozialversicherungen** werden von der **Lohnsumme** bezahlt, **Kapitaleinkünfte** sind ausgenommen – kommen aber aus **Arbeit** in **unserem Land**. Oder haben Sie schon einmal gesehen, wie **Geld arbeitet**?

Kapitaleinkünfte wachsen, **Löhne und Gehälter** sinken - anteilig. Wären **Kapital** und **Arbeit** gleichverpflichtet, zahlten Sie an Ihre **Krankenkasse** ca. **7%**, an die **Rentenversicherung** ca. **14%** Ihres Brutto-Lohnes. Das wäre Senkung der **Lohnnebenkosten**.

Nur so verringert man Arbeitslosigkeit.

Dr. med. Dieter Petschow , 30855 Langenhagen - CGW – Christen für gerechte Wirtschaftsordnung
E-Mail: dr.pet.prax@t-online.de

7.4 Wirtschaftsmathematik:

Das BIP ist seit 1950 kontinuierlich, d. h. **linear** gestiegen. Es folgt demnach der mathematischen Funktion einer Geraden:

$$y = an + b, \text{ oder } BIP_n = \text{durchschnittl. Zuwachs} \times \text{Jahre} + BIP_{1970}$$

$$BIP_{1970} = 675 \text{ Mrd. DM oder } 352 \text{ Mrd. €uro}$$

$$BIP_{2007} = 2.309 \text{ Mrd. €uro}$$

$$\text{Durchschnittliches Wachstum } 2.309 - 352 / 32 = 53 \text{ Mrd. €uro pro Jahr.}$$

In Preisen von 1990, ist das BIP von 1970 bis 2007 um den Faktor 2,0 gestiegen (Realanstieg).

$$BIP_{1970} = 1,0, BIP_{2007} = 2,0$$

$$\text{Wachstum } 2,0 - 1,0 / 37 = 1/37 \text{ pro Jahr} = 0,027 \text{ oder } 2,7\% \text{ vom } BIP_{1970}.$$

Der Kapitalertragsanteil ist seit 1950 überproportional, d. h. **exponentiell** gestiegen, d. h. er folgt der mathematischen Funktion

$$KE_n = KE_0 (1 + ZW)^n$$

$$KE_{1970} = 50 \text{ Mrd. DM oder } 25 \text{ Mrd. €uro}$$

$$KE_{2002} = 570 \text{ Mrd. €uro, } n = 37 \text{ Jahre, daraus folgt:}$$

ZW (Kapitalertragswachstum) 10,0 % per anno (nominal)

$$KE_{1970} = 0,071 \times BIP_{1970}$$

$$KE_{2007} = 0,266 \times BIP_{2007} = 0,266 \times 2 \times BIP_{1970}, \text{ daraus folgt Realanstieg: } 0,532 = 0,071 (1 + ZW)^{37}, \text{ daraus folgt:}$$

ZW (Zinswachstum) 6,5% per anno (real).

Während das BIP jährlich einen gleichen Betrag zunimmt (1/37 vom BIP₁₉₇₀), steigt der Kapitalertragsanteil real exponentiell mit einer Rate von 6,5% per anno.

AL (Lohn) = „effekt.Lohn“ (EL) + Netto-Steuer (NSt) + Netto-Soz.-Budget (NSo)

$$AL = BIP - \text{Kapitalertrag (KE)}$$

$$AL_n = \left[1 + \frac{1}{37} \times n \right] - \left[0,071 (1 + ZW)^n \right], \text{ für kleine } n \text{ ansteigend, für große } n \text{ wieder}$$

(linear) (exponentiell)

abfallend auf

Arbeitslohn wird null!

Was bedeutet, dass die Sozialordnung mit diesem System nach zwei Generationen zerbricht

... und das ist morgen !

8.0 Quellen: Statistisches Taschenbuch, BMfA, - Download, 2008

Monatsbericht 05/2003, BMfFi, Quoten als wichtige gesamtwirtschaftliche Größen

www.bundesbank.de, Zeitreihen

www.geldreform.net

www.inwo.de

Barmer Ersatzkasse, Presseseminar am 26.08.1999 in Berlin

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland